

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Postamt: Bonn der Arbeiter, Angestellten und Beamten. A.-G.
Berlin S. 14 - Postfach 100 Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gespaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. / Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Aufgaben im neuen Reichstag

von Dr. Ernst Nötting

Vor vier Jahren hatte Stresemann die Bürgerblockregierung mit den Worten eingeführt, daß die großen wirtschaftspolitischen Fragen nicht durch eine sozialistisch-bürgerliche Regierung, sondern nur unter Ausschluß der Sozialdemokratie zu lösen seien. Das Ergebnis dieser vierjährigen Regierung der bürgerlichen Parteien ist bekannt. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Massenarbeitslosigkeit, Abzucht, Preisverteuerung und Lohnrückgang sind die üblen Begleiterscheinungen dieser Wirtschaftspolitik. Während die Beschäftigung durch Abbau der Vermögenssteuern, durch ungezüglichen Erlaß von Steuerrückständen auf dem Verwaltungswege und durch Duldung einer großzügig angelegten Steuerdrückerei des Großgrundbesitzes um mindestens drei Milliarden Mark gelindert wurde, erfuhren die breiten Volksmassen durch einen um das dreieinhalbfache gestiegenen Zollanteil und eine gewaltige Erhöhung der Verbrauchssteuern die stärkste Mehrbelastung, die uns bisher aus der Geschichte der deutschen Finanzpolitik bekannt geworden ist. In einem Zeitraum von knapp drei Jahren stieg die Gesamtbelastung durch Zölle und Verbrauchssteuern auf den Kopf der Bevölkerung von 24,80 auf 46,50 M. Hier grundsätzlich neue Wege zu geben und so eine sich nach dem Arbeiter- und Konsumenteninteresse richtende Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuleiten, wird erste und wichtigste Aufgabe des neuen Reichstags sein. Im einzelnen wird die sozialistische Wirtschaftspolitik im neuen Reichstag durch unsere Stellung zur Lohnpolitik, Handelspolitik und Kartellpolitik bestimmt sein.

Die im November 1923 mit der Einführung der Rentenmark zum Abschluß gebrachte Währungsreform wurde infolge der unklugen Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung und der Unternehmerschaft schon bald durch eine allgemeine Wirtschaftskrise abgelöst, die sich in den grauenhaften Zahlen der Betriebsstilllegungen, Konkursen, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit äußerte. In völliger Verkennung der tatsächlichen Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik hatten die Regierungskreise die Lösung ausgegeben, daß durch Lohn- und Gehaltserhöhungen die deutsche Wirtschaft erst wieder einmal angelurbelt werden müsse, damit das auf diese Weise verbilligte deutsche Produkt auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig würde. Die Gefährlichkeit dieser die Arbeiterschaft einseitig belastenden Auffassung liegt auf der Hand. Arbeit ist nicht nur Kostenfaktor und Betriebsstoff. Es verhält sich keineswegs so, daß eine höhere Entlohnung unter allen Umständen zu einer Verteuerung der Waren führen muß. Ganz abgesehen davon, daß höhere Löhne immer den Arbeiter gewillt und befähigt machen zu größerer Leistung, so daß in dem erzielten Mehr die Aufwendungen für höhere Löhne immer wieder zurückvergütet werden, ist bei dieser Auffassung gänzlich vergessen, daß die Lohnhöhe die Größe und Wirksamkeit des Maschinenapparates, über den die Wirtschaft verfügt, sowie das Ausmaß der betriebstechnischen Rationalisierung genau bestimmt. Es ist kein Zufall, daß auf dem Weltmarkt gerade die Länder unsere gefährlichsten Wettbewerber sind, die die höchsten Löhne zahlen. Wohl schätzen wir uns mit hohen Schutzzöllen gegen die bei einem zwei- bis dreifach höheren Lohn angefertigten amerikanischen Automobile, während die mit Skilledlöhnen arbeitenden Industriellen Amerikas gegenüber Amerika und Europa gänzlich wettbewerbsunfähig sind.

Noch wichtiger aber ist der folgende Zusammenhang, der immer die Politik des Lohnrückgangs mit allgemeiner Abzucht verbindet. Der Arbeiter ist eben nicht nur Erzeuger, sondern zugleich auch Verbraucher, und in dieser Eigenschaft ist er jeder Schlag, den er als Erzeuger durch Lohnverfälschung empfangt, durch Einschränkung seiner Kaufkraft an die Gesamtwirtschaft zurück. Das ist seit langem von den Gewerkschaften erkannt und immer wieder gegenüber der Regierung und der Unternehmerschaft betont worden, ohne daß bisher diese Stellen die notwendigen Lehren für ihr praktisches Verhalten aus dieser Erkenntnis gezogen hätten. Der Weg des Lohnrückgangs ist eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gibt. Wenn man die Löhne senkt, muß man die Erzeugung einschränken, weil der Absatz sinkt, und wenn man die Produktion einschränkt, dann erhöht sich der Preis des Einzelproduktes, weil die anteiligen Abschreibungen auf Kosten zu hoch sind. Man legt am Warenpreis durch erhöhte Unkosten wieder zu, was man an Löhnen und Gehältern ebenfalls zu ersparen glaubt.

Aus dieser Erkenntnis soll vor allem unser staatliches Schlichtungswesen, das ja die Aufgabe hat, bei der Fällung des Schiedspruchs die wirtschaftliche Gesamtlage zu berücksichtigen und nicht nur die beiderseitige Kräfteverteilung zu buchen, die notwendigen Folgerungen für die praktische Tätigkeit ziehen. Es kann und soll hier nicht untersucht werden, wie weit unser Schlichtungswesen reformbedürftig oder bei den bisherigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit gänzlich entbehrlich ist. Jedenfalls steht fest, daß eine vollständig gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft dem Schlichtungswesen gegenüber eine ganz andere Stellung einnehmen könnte als eine nur 30 bis 40 % in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft, welche wie ja auch unsere Stellung zur Frage der Koalitionsregelung an dem Tage grundlegend sich ändern wird, sobald die Arbeiterschaft vollständig sozialistisch wählt. Solange wir von einem so weit entfernten Stande, gilt es, die gegebenen Möglichkeiten im Sinne einer sozialistischen Wirtschaftspolitik und einer Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft zielstrebig und bewußt zu nutzen.

Die Gestaltung des neuen Zolltarifs wird im Mittelpunkt unserer Handelspolitik stehen. Am 31. Dezember 1929 läuft der im Sommer 1925 beschlossene Hochschutzzolltarif endgültig ab. Dieser Zolltarif war von Anfang an nur kurzfristig bis zu der seit langem geplanten großen Zollreform gedacht, wurde dann aber unter der deutschnationalen Regierungskoalition um weitere 2 1/2 Jahre verlängert und hierbei unter dem Druck des deutschnationalen Reichsernährungsministers Scheele in einigen für die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung sehr wichtigen Punkten nicht unwesentlich erhöht. Der Kartoffelzoll wurde verdoppelt, der Zuckerzoll um 50 % und ebenso auch der Zoll auf Schweinefleisch um 50 % erhöht. Das geschah, trotzdem die Weltwirtschaftskonferenz den einmütigen Willen aller Kulturlationen auf Abbau der Zollschranken bekundet hatte und trotzdem gerade an dieser Stelle von amtlicher deutscher Seite verkündet wurde, daß auch das Deutsche Reich bereit sei, seine Zollmauern abzubauen. Zwar unterzog sich der Reichswirtschaftsrat mit großer Sorgfalt der Aufgabe, bei 500 Zollpositionen nachzuprüfen, wie weit Mäßigungen der Zollsätze ohne Schaden für die deutsche Gesamtwirtschaft angebracht seien, aber von der Regierung erfolgte nichts, da die deutschnationalen Kabinettsmitglieder von vornherein jedem Zollabbau den stärksten Widerstand entgegensetzten. Die sozialistische Handelspolitik im neuen Reichstag wird der Schutzöllnerlei, die die Lebenshaltung der Verbraucherklasse übersteuert und auch die Wirtschaft lähmt, zu Leibe gehen und die Richtung der künftigen deutschen Handelspolitik im Sinne des Freihandels beeinflussen. Das bedeutet allerdings keine Festlegung auf die Freihandelslehre, was schon dadurch ersichtlich ist, daß beispielsweise zwecks vernünftiger Regelung der landwirtschaftlichen Preisbildung ein Getreidehandelsmonopol des Staates angestrebt wird, dessen Aufgabe die Festsetzung des Getreidepreises und die Bekämpfung einer preisverteuernden Spekulation sein wird. Noch deutlicher werden diese Zusammenhänge zwischen Zollpolitik und allgemeiner Wirtschaftspolitik in unserer Stellung zur Kartellpolitik zum Ausdruck kommen.

Aufreizung zum Klassenhaß

Die Aufreizung zum Klassenhaß ist durch die jetzt geltenden Gesetze nicht verboten. Das wird mancher kaum glauben. Unsere am lebendigen Leibe gemachten Erfahrungen bis zurück in die Zeit des Sozialistengesetzes scheinen das Gegenteil zu beweisen. Unzählige Verurteilungen und abgebußte Strafen scheinen uns wegen Aufreizung zum Klassenhaß erfolgt zu sein. Und doch ist es so. Nur die „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ ist im Gesetz mit Strafe bedroht, und auch die nur unter bestimmten Umständen.

Nun ist ein neues Strafgesetz in Vorbereitung, das an allen Ecken und Enden Verschärfungen bringt; Latein, die bis jetzt noch straffrei sind, werden zu Verbrechen erklärt, Jugendhaus wird an Stelle von Gefängnis gesetzt und. Vielleicht gibt es dann auch eine Strafe für die Aufreizung zum Klassenhaß. Ich weiß es nicht, aber denkbar wäre es schon.

Wenn dem aber so ist, und wenn der neue Entwurf zum Gesetz wird, und wenn dann die Staatsanwälte auch Anklage erheben und die Gerichte verurteilen — dann hätte die Arbeiterzeitung nichts zu lachen. Was die sich fortgesetzt an Aufreizung zum Klassenhaß leistet, das geht auf keine Kuhhaut.

Da hat sie vor kurzem (am 3. Juni) ein ganz neues Stückchen aus einem Buch abgedruckt, das nennt sich „Die Desuggestion“, von E. Lietjens. Das ist mal ein Wort, aus dem so leicht keiner klug wird. Von Suggestion und auch von Autosuggestion hört man jetzt alle Tage, wobei man aber nicht an ein Auto zum Fahren denken darf. Suggestion bedeutet das Eingeben eines Gedankens oder einer Vorstellung; also wenn einer dem andern so lange etwas einredet, bis der es glaubt. Das Wort „Auto“ bedeutet an und für sich nichts anderes als „selbst“. Die „Autosuggestion“ ist demnach etwas, das man sich selbst einredet, eine Einbildung. Und nun kommt Herr Lietjens und erzählt uns etwas von „Desuggestion“. Das ist dann wieder das Gegenteil der Suggestion, das Abstreifen der Einbildung, das Sichfreimachen von dem, was einem ein anderer oder auch was man sich selbst eingegeben hat. Was will nun Herr Lietjens unter dem lebhaften Beifall der Arbeiterzeitung mit dieser Fäufung von schneidigen Fremdwörtern zum Ausdruck bringen?

Das bezugt schon die Überschrift des in der Arbeiterzeitung abgedruckten Kapitels aus seinem Buch. Die lautet nämlich: „Die Flucht in die Krankheit“. — Der denkende Prolet merkt schon, wo das hinaus will. Und richtig. Als Ursachen, weshalb der Mensch krank wird, zählt Herr Lietjens auf: „Den Wunsch, als Kranker bedauert oder als stillschweigend duldender Held bewundert zu werden.“

die Liebe, das Mitleid, das den Kranken widerfährt.“
Über wenn es so gemeint wäre, wenn Herr Lietjens weiter nichts wollte, als einige reiche Faulenzer, einige verhätschelte Millionärskinder aufzutröten, würde dann wohl die Arbeiterzeitung seine Ergüsse mit so schmachdem Behagen abdrucken? Das glaubt der stärkste Mann nicht.

Nein, auf die Proleten ist es gemünzt! Demen wirft Herr Lietjens vor, daß sie aus Faulheit und ähnlichen schönen Gründen sich Krankheiten einbilden, weil es doch gar zu verlockend ist, krank zu sein! Und zwar wegen der Krankenkassen. Wirklich heißt es da:

„Das Krankenkassenmitglied erhält ärztliche Behandlung und Arzneien so gut wie umsonst, außerdem erhält es noch Unterstützung. Das sind nun alles zu den besprochenen (nämlich der Geldnot) noch hinzukommende Beweggründe für das Kranksein. Es ist zu verführerisch und nimmt zu viele Bemühungen, wenn einem aus dem Kranksein gar keine Kosten oder dergleichen erwachsen, die sonst Bemühungen hervorgerufen würden oder den Wunsch, gesund zu sein, vergrößerten.“

Somit entpuppt sich das ganze Gerede als eine unter wissenschaftlicher Flagge segelnde Hege gegen die Krankenkassen oder vielmehr gegen die Tatsache, daß der Arbeiter überhaupt Krankenkassenunterstützung bekommt. Zwar öffnet sich Herr Lietjens zugleich ein Hintertürchen durch Einschlebung des Satzes: „Das darf natürlich nicht so aufgefaßt werden, als wäre es besser, kein Krankenkassenmitglied zu sein.“ Aber das würde ihm nichts helfen, wenn wir das neue Strafgesetz schon hätten, wenn es die Aufreizung bestraft, wenn Staatsanwälte und Richter danach verfahren. Darin steht nämlich eine Bestimmung: Wenn jemand von seiner Tat einen strafbaren Erfolg voraussetzt oder gar beabsichtigt, dann wird er trotz aller Ausreden doch bestraft.

Was anders aber kann der Erfolg von Herr Lietjens und der Arbeiterzeitung Geschreibsel sein, als eine maßlose Erbitterung und Aufreizung des Proletariats! Man tut so, als wüßte man nicht, daß der Arbeiter mit dem Krankengeld während der Krankheit viel schlechter lebt als mit seinem karglichen Lohn in gesunden Tagen; man tut so, als wüßte man nicht, daß das Krankengeld tatsächlich nicht ausreicht, um die durch die Krankheit entstehenden größeren Ausgaben zu decken (denk diese Mehrausgaben beschränken sich ja nicht auf die unmittelbaren Kosten der Krankheit selbst); man gebärdet sich, als ob man glaube, es gehe dem Arbeiter während der Krankheit besser, als wenn er gesund ist — und daraufhin schleudert man dem Proletariat den frechen und verleumderischen Vorwurf ins Gesicht, daß es „sich Krankheiten einbildet“, mit anderen Worten, daß es Krankeiten herbeiführt, daß es „jede Möglichkeit, krank zu sein, wahrnimmt, um sich von der Arbeit zu brüden und im Krankengeld zu schlummern. Denn daß wirklich und wahrhaftig die Proletarier gemeint sind, beweist auch noch der Satz: Krankheit diene als „Entschuldigung für den Widerwillen gegen eine Arbeit, die nicht befriedigt“. Das dürfte ja wohl auf solche Herren wie Klötner, Thissen ufm. niemals zutreffen. Ja, man entblödet sich nicht zu behaupten: „Krankheit befreit wenigstens zeitweilig vom zermürbenden Kampf ums Dasein.“ Das schlägt zwar der Wahrheit geradezu ins Gesicht. Dem Proletarier erhöht jede Krankheit die Sorgen und damit den Kampf ums Dasein. Aber was tut?

Also merkt's euch, deutsche Arbeiter: wenn ihr krank werdet — und jeder von euch wehrt sich natürlich so lange wie nur irgend möglich dagegen, weil die Krankheit für den Armen ein furchtbares Unglück bedeutet —, wenn ihr aber gar nicht mehr anders könnt und euch krank melden müßt, dann geschieht das aus Einbildung, weil euch das — Schlemmerleben mit dem Krankengeld lockt. So sagt die Arbeiterzeitung.

Ich kann mir keine schlimmere Aufreizung zum Klassenhaß ausdenken.

Wie Arbeitslose um ihre Unterstützung geprellt werden

Mannigfache Beschwerden beweisen, daß viele Leiter von Arbeitsämtern weit davon entfernt sind, den Geist des VVAW (Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) zu erfassen. Die Leitung der Arbeitsämter liegt in vielen (oder den meisten?) Fällen in der Hand von Beamten alten Schlages. Die Herren haben zum Teil keinen blassen Schimmer vom modernen Wirtschaftsleben, ganz zu schweigen von dem Mangel an Fähigkeit, sich in die Gedankenwelt des Arbeiters einzufühlen. Daher kommt es, daß in unzähligen Fällen Anträge auf Arbeitslosenunterstützung abgelehnt werden, und zwar zu Unrecht abgelehnt werden. Der Arbeiter, der sich dann nicht zu helfen weiß, büßt für mehrere Wochen seine Unterstützung ein. Manche der Herren haben große Übung darin erlangt, die Anträge der Arbeitslosen abzulehnen. Sie erblicken ihre Hauptaufgabe in Bemühungen, Gründe für Unterstützungsentzug herbeizuschleppen. Erleichtert wird diesen Bürokraten allerdings ihre uneheliche Tätigkeit durch die geradezu verblüffende Unkenntnis, die bei den Arbeitern über die gesetzlichen Bestimmungen herrscht.

Nach den Bestimmungen der früheren Erwerbslosenversicherung mußte die Bedürftigkeit des erwerbslos werdenden Arbeiters nachgeprüft werden. Diese Bestimmung ist in der Arbeitslosenversicherung nicht mehr in Geltung. Dennoch spielt die Frage der Bedürftigkeit immer noch in den Köpfen mancher Arbeitsamtleiter. Das ist aber nicht das Schlimmste. Denn allmählich begreift auch der hartgesottene Bürokrat, daß die Bedürftigkeitsfrage jetzt gänzlich ausgeschaltet ist und der Arbeitslose einen Rechtsanspruch aus der Versicherung herleiten kann. Weit schlimmer liegt es in den Fällen, wo die Arbeits-

Familie und Heim



Rationalisierung des Einkaufs

Durch die Frauen und die Konsumvereine

Frau X. geht in den Konsumverein zum Einkauf. Sie braucht so verschiedenes. Eigentlich sind alle Büchsen und Dosen einmal einer gründlichen Auffüllung bedürftig. Aber, wie das so geht: Bringt Herr X. am Freitagabend den Wochenlohn, dann ist man gewöhnlich froh, all den dringenden Bedürfnissen abzuweichen. Man kauft ein hübsches Stück Fleisch für den Sonntag ein, denn man will doch auch mal was Ordentliches im Lopf haben; zählt man dann aber am Montag oder Dienstag den verbleibenden Rest des Wirtschaftsgeldes nach, dann macht man meist ein langes Gesicht und „bremst“ mit dem Einkäufen, man holt ein Viertel Reis und ein halbes Pfund von dem und jenem und wuschelt sich so die Woche durch, an deren Ende dann endlich wieder mal ein Aufatmen winkt. Und natürlich, wenn man gerade nur noch ein paar Pfennige in der Geldtasche hat, dann gibts in der Konsumvereinstelle die herrlichsten Sachen, die man so gern mal nehmen möchte, wenn mans dazu hätte. Samstags natürlich, wenn man mal Geld imbeutel hat, stehen die Leute im Konsum wie die Mauer. Jeder holt sich was „Extras“ und bis man schließlich drantkommt, sind einem die besten und preiswertesten Sachen vor der Nase weggeknippt. So etwas ist zu ärgerlich! Die Verteilungsstelle müßte doch eigentlich wissen, daß man an Tage nach der Lohnzahlung eher mal was kaufen kann, wofür an den übrigen Tagen kein Geld da ist!

Und natürlich die Frau Y. nebenan, die auf's Büchel holt, beim Krämer, die kann sich jeden Tag nehmen, was der Krämer gerade vorrätig hat. Mal mitten in der Woche was Gutes! Wenn man die fragt: „Was locken Sie denn heute?“ dann antwortet sie: „Ach, das weiß ich noch nicht, ich muß mal sehen, was gerade Schönes da ist.“ — Ob man schließlich nicht auch? Aber, halt, denkt man sich da: Warum ist bei Frau Y. immer mal Krach? Warum schimpft der Mann über die verfluchte „Borgwirtschaft“? „Gekauft ist schnell, aber bezahlt ist langsam, und zudem kann man an Waren, die man auf Borg holt, nicht kritisieren, weder was den höheren Preis, noch was die Qualität anbelangt.“

Na — und dann Weihnachten! Wenn Frau Y. mit ihrer Tafel Weihnachtsschokolade dreier Güte von ihrem Krämer heimkommt und sich Mühe gibt, Herrn Y. zu verheimlichen, daß noch ein „kleiner Rest“ an Schulden ins neue Jahr mit hinübergeschleppt wird, dann hat Frau X. mit Begehren aus der Rückzahlungssumme vom Konsum allerhand kaufen können, was sie für den Festmahl braucht, und außerdem hat sie auch noch ein paar Mark auf Sparatonto getan, vielleicht sogar noch was Bares abgehoben, um irgendein Geschenk für die Frauen zu kaufen.

Und man hat nicht das Gefühl, daß man dem Krämer geholfen hat, seinen Beutel zu füllen, damit er sich das Schöne kauft, in dem man eine teure Manufakturwohnung trotz ihres unbeschreiblichen Zustandes schon seit Jahren bewohnt und noch froh drum sein muß, überhaupt eine Wohnung zu haben.

Also bleibt Frau X. doch lieber dem Konsumverein treu. Aber sie wird mal mit dem Leiter der Verteilungsstelle über den Punkt reden. Sie trifft es gut. Der Laden ist fast leer. Es ist Freitag vormittags. Da wartet man wohl überall erst auf Vater mit dem Wochenlohn, ehe man einkaufen geht.

Frau X. kauft nach Abgabe ihres Geldbeutels, eigentlich könnte sie ja das und jenes brauchen, aber...

„Es ist frischer Seesif da“, sagt die Verkäuferin.

„Ach ja, das wäre mal was. Schellfisch und Senfbutter oder gebadener Fisch“, denkt Frau X. sehr nützig und das Wasser läuft ihr tatsächlich im Munde zusammen.

„Heute paßt mir das nicht“, sagt sie und erinnert sich dessen, daß sie die ganz gleiche Antwort geben mußte, als in der vorhergehenden Woche Spargel da war — schöner, zarter Spargel — und so billig eigentlich! Aber da hatte sie gerade — es war Mittwoch — noch drei Mark in der Tasche, die reichen sollten für Brot und Aufstrich und alles mögliche bis Freitag abend! Und am folgenden Samstag, als sie gern nun mal Spargel genommen hätte — denn Herr X. ist ihr so sehr gern — hätte sogar mal auf's Fleisch dabei verzichtet —, also am Samstag hatte der Konsum natürlich keinen Spargel vorrätig. Die Gemüsehändler aber nützen die „Konjunktur“ des Samstags und der spargellusternen Menschen aus und verlangen Preise, die Leute wie Familie X. sich nicht wagen dürften, für solche mehr ledere, als sättigende Sachen anzulegen.

„Sie müßten das besser einteilen“, sagt Frau X. zum Leiter der Verteilungsstelle.

Dieser — gerade höchst ärgerlich damit beschäftigt, einen Posten „verdorrene Tomaten“ als Verlust zu buchen — schiebt mit einer hastigen Bewegung den Bleistift hinter's Ohr.

„Sie haben alle gut reden“, sagt er brummend. „Sehen Sie hier die Tomaten. Die ganze Zeit über war eine ständige Nachfrage nach Tomaten. Das ist ja jetzt Mode, sie zum Brot zu essen, aufgeschnitten, und wenn man die Wurstpreise ansieht und bedenkt, daß an warmen Tagen man wirklich oft nicht weiß, was man als Zutat geben soll, so sagt man sich: „Fürst als auch Tomaten, aber ein Reinfall wars. Als ich die Tomaten da hatte, fragte auf einmal niemand mehr danach. Das Zeug hält sich nicht lange — so müßte ich einen Teil mit Verlust verkaufen und ein paar Pfund überhaupt in den Korb werfen. Und mit dem Fleisch heute wird mir's nicht viel anders gehen. Man gibt sich Mühe, daß die Mitglieder alles Mögliche kriegen sollen, womach sie fragen. Hat mans dann, haben sie es schon anderswo gekauft und man bleibt auf dem Zeug sitzen und hat die Schere mit der Verwaltung noch oben.“

„Es liegt eben an der Einteilung“, kommt es aus dem Munde der Frau X. „Wenn ich wüßte, daß Sie Dienstags bestimmte billigen Spargel haben, dann richtete ich mich darauf ein. Ich würde gerne auch freitags mal Fisch kochen, nur — Sie wissen ja, da muß man sich an den anderen Tagen danach richten lassen — mit dem Küchenzettel und auch mit dem Geldbeutel.“

„Ja, kann ich denn den Frauen vorschreiben, das und das an dem und dem Tage zu kochen? Die würden mich schon abführen lassen, wenn ich ihnen den Küchenzettel machen wollte.“

„Hören Sie“, fällt ihm Frau X. ins Wort, „das wäre noch gar nicht so ohne! Das wäre sogar manchmal eine wahre Erlösung, wenn man sich nicht selber den Kopf zu zerbrechen brauchte, was man kochen soll! Machen Sie nur mal Küchen-

zettel und stellen Sie die Zutaten hier im Laden so hübsch sichtbar zum Verkauf. Dann sollen Sie mal sehen, was Sie uns Frauen damit für einen Gefallen tun! Sie dürfen natürlich nicht aus dem Rahmen fallen und müssen hübsch in den Grenzen bleiben, die uns nun mal gezogen sind. Sie kennen doch so ziemlich Ihre Leute, die hier für Ihre Verteilungsstelle in Frage kommen.“

„Die Leute schon, aber doch nicht ihren Geschmack.“

„Geschmack? Nun, Sie sollen den Leuten das Essen ja nicht fix und fertig liefern. Kochen mag sich jede Frau nach ihrem eigenen Gusto — süß oder sauer, mild oder gewürzt. Das „Wie“ lassen Sie mal jeder Einzelnen, obgleich auch manche froh wäre, hie und da mal in dieser Hinsicht eine Anregung zu bekommen. Die Hauptsache bleib aber doch: „Was soll ich kochen?“ Und da ließe sich vielleicht eine ganz gute Methode finden, daß der Konsum seine Mitgliederfrauen ein wenig dazu erzieht, zum richtigen Zeitpunkt das zu kaufen und zu kochen, was er gerade wohlfeil beschaffen kann — und die Frauen den Konsumverein erziehen, der Kaufkraft und dem Bedürfnis angepaßt, immer genügend von dem Erforderlichen auf Lager zu halten.“

„Das sind schöne Zukunftsträume, liebe Frau.“

„Das sind Sachen, die sich bei gutem Willen auf beiden Seiten schon verwirklichen lassen. Nach und nach natürlich. Versuchen Sie es doch mal!“ ermuntert Frau X. den Zweifelsünder.

Das Glück

Dem Glücke hielt ich Tür und Fenster offen
Und dacht', es käme doch herein,
Von Tag zu Tag mit neuem Hoffen
Lud ich das Glück zu mir ein.
Das Glück, das Glück ging mir vorüber
Mohl an dem weiten, offenen Tor.
Nun schließt ich Tür und Fenster lieber,
Ich werd' darum doch nicht zum Cor.
So sitz ich einsam, still im Zimmer,
Da blüht ein kleiner, lichter Schein
Mit leinem goldig hellen Schimmer
Ganz hoch mir in mein Stübchen.
Ich schau ihn an, den blanken Streifen,
Der durch das Schlüsselloch sich stahl.
„Komm, komm, du mußt mit einmal greifen!“
Hör' küktern ich den kleinen Strahl.
Da halt ich ihn auch schon umschlungen
Den leuchtend goldenen Sonnenstrahl.
Ja, nun ist mir's ja doch gelungen!
Ich ting das Glück mir stille ein.
Einst hielt dem Glück ich Tür und Fenster offen,
Stolz ging's vorbei und lachte noch.
Doch als ich einsam, ohne Hoffen,
Da kam das Glück durchs Schlüsselloch.

Magdalena Kottsch

„Alles gut und schön“, erwidert der, aber man merkt ihm an, daß ihn die Sache doch ernstlich beschäftigt. „Haben Sie aber eine Ahnung, wie ohne alle Methode und einfach drauflos — gedankenlos drauflos — manche Frauen einkaufen? Ich habe da beobachtet, daß die eine die Zutaten zu einem einfachen Kartoffelsalat auf o i e r m a l geholt hat. Erst das Ei, dann die Zwiebeln, dann hatte sie keinen Messer daheim gehabt und schließlich hatte sie entdeckt, daß der Essig in der Flasche trübe geworden war. Die Kartoffeln hatte sie gottlob im Keller, sonst wäre sie wohl fünfmal gekommen. Ich will ja nichts sagen, wir sind ja hier, um die Mitglieder jederzeit zu bedienen. Aber stellen Sie sich mal vor: Viermaliges Warten der Käuferin, viermaliges Bedienen, viermaliges Abfertigen an der Kasse, vier verschiedene Kassenkärtchen — und das alles in der Hauptverkehrszeit!“

„Nun, das war wohl mal ein Einzelfall“, beschwichtigt Frau X. den Mann, der sich ein wenig in die Höhe gerebet hat.

„Einzelfall? Nun ja, in dieser krassen Form vielleicht ein Einzelfall. Aber mehr oder weniger kaufen sie a l l e unbedacht und planlos. Nehmen wir an, Sie brauchen jeden Tag ein halbes Pfund Zucker im Haushalt; ist das nicht einleitend, daß Sie zweimächtig drei oder fünf Pfund a u f e i n m a l nehmen, anstatt sechsmal an jedem Wochentag ein besonderes Tütchen: Fünfmal ein halbes Pfund und Samstags ein ganzes? Das ist doch kein Kapital, was da angelegt wird, im Gegenteil, es könnte vielleicht manches besser im Preise berechnet werden, wenn man wüßte, die Speisen für Packer, Abwieger und dergleichen könnten niedriger angelegt werden.“

„Wenn wir aber alle am Samstag früh, Frau für Frau unseren Zucker für die ganze Woche kaufen wollten, wäre es Ihnen auch nicht recht, denn dann müßten Sie ja eine Verkaufskraft allein für den Zucker haben, und gerade Samstags, wenn alles einkaufen kommt“, wendet Frau X. ein.

„Ja, das ist nun wieder eine Sache für sich, daß jeder am Samstag einkaufen kommt. Ob denn das gar so schwer ist, sich einige Wochen hintereinander mal aufzuschreiben: Soviel brauche ich jede Woche von dem und jenem, von Salz, von Mehl, von Hülsenfrüchten, von Suppeneinlagen — eben überhaupt von Sachen, die ein Lager an Vorrat vertragen. Das kann doch nicht schwer sein! Aber fragen Sie mal, ob eine Frau das macht — l e i n e m a c h t s! Wenn Kaffee und Butter und solche Sachen jeweils in kleineren Posten geholt werden, um sie immer frisch zu bekommen, so ist das was anderes — davon bekommen wir ja auch immer nur eine gewisse Tagesmenge vom Lager her.“

„Aufschreiben könnte man sich eigentlich den Wochenbedarf“, stimmt Frau X. zu. „Man hätte auch gleich eine bessere Übersicht über die Ausgaben, die sich jede Woche wiederholen.“

„Und für uns wäre das ganz gut zu machen, wenn wir von den Mitgliedern auf einem Zettelchen die Aufstellung des ungefähren Wochenbedarfs erhielten. Wir könnten das in den stilleren Wochentagen immer zurechnen und in'sert, ohne langes Warten, ausliefern, sobald es den Leuten paßt. Ich meine mit dem Sonntag.“

„Aberdings, gekauft werden muß der Wochenbedarf ja so vieler“, sagt Frau X. nachdenklich. „Und wenn ich gleich von vornherein weiß, welche Summe dafür notwendig ist, so kann

ich mir's einstellen, wie ich mit anderen, den i g l i c h e n Ausgaben zurechtzukommen habe. Ich habe ja dann an den einzelnen Tagen die kleinen Vorräte nicht“ — und bei sich denkt sie, ohne es laut zu sagen: „Und kann dann wohl auch mal Mittwoch's Spargel und Freitag's Fisch kaufen. Versuchen könnte mans, versuchen könnte mans allerdings.“

Mit diesem löblichen Vorschlag verläßt Frau X. den Laden und eilt heim. Aus der Wohnung der Familie Y. klingt wieder mal wie ein gar nicht liebliches Zwiesgespräch. „Meinst du denn, ich schufte die ganze Woche bloß für das, was du bei dem Krämer anschreiben läßt? A u f i m A o n s u m, wie es andere Frauen auch machen. Nimm dir ein Beispiel an deiner Nachbarin!“

Frau X. schlüpfte schnell in die Wohnung — sie will auch dann nicht lauschen, wenns eigentlich ein Lob zu hören gibt. Nein, genau genommen, hat sie heute noch allerhand gelernt, was besser zu machen wäre.

Aber auch bei dem Leiter der Verteilungsstelle ist von der Unterredung mit Frau X. etwas hängen geblieben. Er schließt seinen Bericht an die Verwaltung — sehr froh, ein Gegengewicht zu haben hinsichtlich des Verlustpostens der verdorbenen Tomaten — mit dem folgenden Satze:

„So gut, wie die „Nachrichten an die Verbraucher“ den Süddeutschen, den mittel- und norddeutschen Mitgliederkreis in seiner Eigenart berücksichtigen, genau so gut könnten S p e i s e z e i t e l — den Verteilungsstellen zum Ausschlag und zur Verteilung an die Hausfrauen zur Verfügung gestellt — auf die jeweils landesüblichen Gerichte Rücksicht nehmen. Man könnte die Vorschläge der verschiedenen Küchenzettel, den Jahreszeiten und den wohlfeil erhältlichen Artikeln angepaßt, auch in der Zusammenstellung so schaffen, daß es jeder einzelnen Frau möglich ist, sie mit Nutzen für ihren eigenen Haushalt anzuwenden. Was an Papier- und Druckkosten entsteht, wird durch ersparte Verwaltungskosten den Konsumvereinen selbst wieder zugute kommen. Alles in allem also: Ein Versuch gegenseitiger Erziehung zwischen Mitglied und Verwaltung — der Versuch sollte wenigstens gemacht werden!“

Wer ist der gleichen Ansicht? M a r g a r e t h e S.

Verbrauchte Wäsche im Haushalt

Was mache ich mit der schabhaften Wäsche?

Diese Frage legt sich wohl jede Hausfrau im Laufe der Zeit einmal vor, namentlich aber dann, wenn sie eines Tages feststellen daran geht, im Wäschekasten dergestalt Ordnung zu machen, daß sie ausschaltet, was nur noch unter größter Schonung die gewohnten Dienste leistet oder nach jedem Gebrauch umfangreicher Ersatzbedarf. Es ist natürlich sehr einfach, sie als Lappen verschiedener Größe nach und nach zu verbrauchen; aber einmal leisten sie auf diese Weise nur noch kurze Zeit die gewünschten Dienste, zum andern heißt es für die sparame und reichende Hausfrau Verschwendung damit treiben, der sie sich nicht schuldig machen kann und will. Was also damit tun? Nun — sie, gleich dem Phönix aus der Asche, durch Färbung zu neuer Verarbeitung erleschen zu lassen.

Nehmen wir an, im Wohn- und Schlafzimmer, im Stimmer des Sohnes oder der Tochter sind neue Gardinen notwendig. Statt diese anzuschaffen, färbt die Hausfrau zwei mürbe gleichgroße Bettlätter mit verbrauchter Wäsche in der Farbe des Stimmers oder gut damit kontrastierender, schneidet nach dem Trocknen und Bügeln zunächst erst den Querbehang in gewählter Breite von der Länge der Lätter ab. Teile dann die Lätter in der Mitte, nimm die Außenseiten nach der Innenseite des Fensters und besetzt sie mit absteigender Halbela und schmalen Blenden oder mit breiter und schmalen Blenden von recht farbig gestreiftem Wollstoff: Rattan, Zepfir, Satin, Perkal usw. Auch die fehlende Länge kann durch breiten Wollschaf erganzt und natürlich muß auch der Querbehang damit entsprechend garniert werden. Besonders reizvoll wirkt die farbige Fensterbekleidung, wenn man nach der jetzt herrschenden Mode den Querbehang geschweift schneiden, also in der Mitte kürzer oder länger wie an den Seiten hält. Die Seitenhälften, in Falten gelegt, verraten nichts von der mürben hinteren Hälfte und die farbige und hochmoderne Gardine leistet noch jahrelang gute Dienste, während an ihrer Stelle kräftige neue Bettlätter angehängt werden können, ohne den Haushalt extra zu belasten. Auch Vorhänge für Bücher-, Schuh- und Büchereisteller mit den Winterkonserven sind aus eingefärbten Bettlättern zu fertigen und ganz reizvoll zu schmücken.

Mürbe gewordene Bettbezüge, kräftig und dunkelgrün gefärbt, sind zu sehr gefälligen und dabei dem Auge angenehmen Juggardinen zu verwenden, die ebenfalls mit Halbela umrandet werden können. Namentlich im Schlaf- und Perzanzimmer halten sie das so störende Ruge ab, daß vielfach allein daran schon ist, daß man sich nach der Ruhe nicht genug erquidet fühlt. Sogelb oder orange gefärbt, in doppelter Lage zu Staubbüchern geschritten und mit gegenständig eingebogenem Rande im Languenteil umnäht, verrichten diese Lätter noch lange Zeit sehr gute Dienste, nehmen den Staub leicht auf und polieren die Möbel ausgezeichnet.

Die guten Stücke schabhafter Vordachbettlätter, rotbraun oder grün gefärbt, die offenen Ränder mit einfachem Stäbchenfisch aus alten Vorkosten gefärbt, dienen noch lange als Vöhrer- und Frontlätter, kleinere Stücke, rotbraun gefärbt, als Polierlätter für gute Schuhe, die dünnen Stellen schließlich, doppelt gelegt und durchstiept, als Auswäschlätter in der Küche.

Abgenutzte wollene Schlafdecken, entsprechend zugeschnittene und zu den Polstermöbeln passend eingefärbt, ergeben noch sehr gute Fenstermängel, zu deren Unterfütterung auch vielfach gelegte alte Füllgardinen, regelmäßig durchstiept, sehr gute Verwendung finden können, während als Futter und Abziele wieder kräftig eingefärbte Bettwäsche, auch wenn sie schon recht mürbe ist, noch recht gut dienen kann.

Verbrauchte Tischwäsche, recht leuchtend eingefärbt und glänzend gerollt, ergibt sehr hübsche, reizvolle Bier-, Tisch- und Kaffeedecken, die, mit Wolperlenborten, Halbela oder Edelarbeit in mehreren Farben umrandet, sehr gut aussehen. Aus Servietten können hübsche Klappertücher gefertigt werden, wenn man aus den noch guten Stellen runde Stücke schneidet und sie mit einer schmalen Spitze von buntem Seidengarn behält.

L i c e G a n t h e r.

Vogel und Bauer. Ein Papagei ist erwünscht und hat sich im benachbarten Dorf auf einem Baum niedergelassen. Ein Bauer, der noch nie zuvor einen so schönen Vogel gesehen hatte, starrte hinauf, um ihn zu jagen. Schon hat er die Hand nach ihm ausgestreckt, da krächzt der Vogel plötzlich: „Was wollen Sie von mir, mein Herr?“ — Entsetzt geht der Bauer die Mühle und stottert: „Entschuldigen Sie viermals, mein Herr, ich hab' geglaubt, Sie sind ein Vogell!“

Unentbehrlich. Der Lehrer stellt den Kindern die Frage, was ein Bräutigam ist. „Wirt schon, ein Bräutigam“, erklärt Max, „ist das, was man zu einer Hochzeit braucht.“

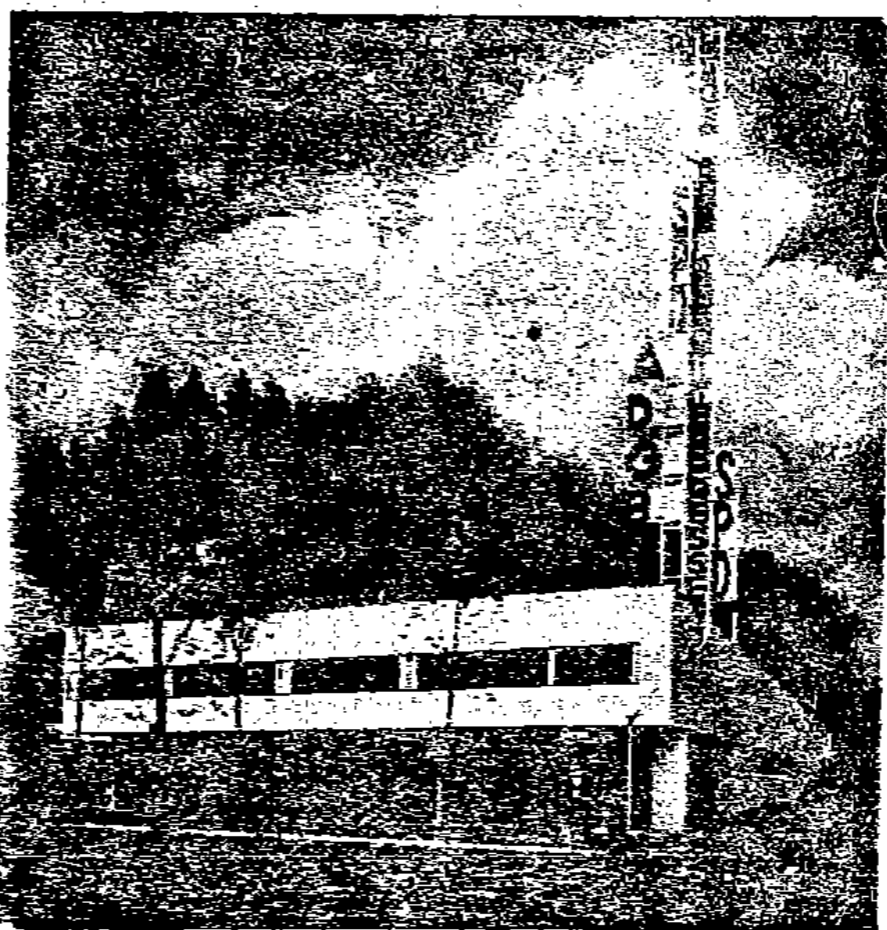
Auf Unwegen. Ein wunderbarer Fellmantel. Was hat er gekostet? — Einem einzigen Fuhr! — Den du deinem Manne gabst? — Nein, den er dem D i e n s t m ä d c h e n gab!

Die Presse-Ausstellung in Köln

F. K. Auf der rechten Seite des Rheins, der Stadt Köln gegenüber, liegt eine lange Flucht roter und weißer Bauten, deren Eindrucksvolle verstarke durch Türme, Masten, grüne Käfen und bunten Flächen mit Springbrunnen. Aus dem Gemisch von Ziegeln, Beton und Pflanzen stehen drei Gebäude weit empor. In diesen ist die Hauptsache der Presse-Schau untergebracht. In dem einen, früher eine Kaserne, die mit Befen, Kelle und Farbe menschenwürdig gemacht wurde, hat man die geschichtliche Entwicklung des Pressewesens dargestellt, das zweite, ein ebenso mächtiger, künstlerisch gediegener Bau, einbau, birgt die technische Ausrüstung der Zeitung, in dem dritten Gebäude ist das zu finden, was eine Reihe von Staaten von ihrem Zeitungsgerwerb zu zeigen für gut finden. Diese drei großen Bauten sind von einem Kranz kleinerer umsäumt, worin verschiedene Verlage und Körperschaften ihre Einrichtungen und Leistungen vorführen oder dafür Reklame machen. So haben ein paar Zeitungen eine vollständige Druckerei im Betrieb, die evangelische Glaubensgemeinschaft hat, die moderne Bautechnik nützend, eine Kitheraus Eisenträger und Glas hingestellt, die vorzüglich geeignet ist, jede religiöse Stimmung auszuüben. Auch das Kalketen-Auto Opels, eine mächtige fesselnade Sammlung aller aufzufindenden Schreibmaschinensysteme, der Funkenstempel des Berliner Tageblatts und viel ähnliches ist zu sehen. Etwas weiter rheinabwärts beginnt ein großer Jahrmarkt mit Weinfeiben, Fagenbuden, Karussells, kurz ein höllischer Ringeltangel, ohne den heute eine Ausstellung für unvollständig gehalten zu werden scheint. Hier sollte eine Schau für die geklärten Preise und Rechnungen gemacht werden. Die kölnischen Geschäftsleute könnten sie viel vermehren. Man würde darob mehr gestaunt haben, als über die Presse-Schau selbst. Geschäft ist Geschäft!

zeigen an, daß hier drei Gewerkschaften, die Graphischen Hilfsarbeiter, Lithographen, Buchbinder und die Buchdrucker ihre Werke aufgeschlagen haben. Die Ausstellungen dieser Verbände wirken durch die ruhige und geordnete Anordnung. Sie zeigen ihre beträchtlichen Leistungen einfach und schlicht an. Die Schau der Buchdrucker ist umrahmt mit Schaufenstern, worin veränderte geschichtlich wertvolle Schriftstücke ausliegen. Neben aufschreibereichen Protokollen, Druckdriften und Büchern das Schreiben des Verbandsvorsitzenden Härtel vom 13. September 1878, worin er der Kollegenschaft die Wegschaffung des Verbandsvermögens nach der Schweiz mitteilt, um es vor den launigen Fingern der Polizei zu sichern. Der Zeitungsmann findet noch verschiedene bitter-lustige Gewöhnlichkeiten, so die Manuskripte und Fahnen von „Freunden des Korrektors“.

In der Mitte der großen Säle ganz neue Druckeinrichtungen, an den Seiten Scher- und Stichmaschinen aller Art. An den Ständen der Reichspost viel Neues und Feines. Ein rationeller Postbetrieb, ein Telephonamt mit Selbstschalter, Nachrichtenübermittlung, Funkdienst usw. In einer Bodenerweiterung eine Nachmachung des Kabel- und Funkdienstes der Erde. Mit Vertiefung vernimmt man von dem Erklärer, daß heute in 40 Minuten eine Mitteilung nach allen wichtigen Funkstationen der Welt übertragen werden kann. Unwillkürlich denkt man zurück an die geschichtliche Abteilung, wo die Nachrichtenübermittlung noch im Anfang der letzten Jahrhunderte gegenwärtig wird. Die Stafettenreiter der Karavane brauchten mehr Tage als heute Minuten, um eine Mitteilung an den Rann zu bringen.



Das Haus der Arbeiterpresse

Schweden stellt den sozialistischen Führer Branting in Stein gehauen aus, Länemark gibt ein Bild von der starken Verbesserung seiner Arbeiterpresse. Es hat 61 Arbeiterblätter mit 210 000 Zeichnern. Außergewöhnlich viel für das kleine Land. An der Ländersprengel sieht man: Wird im Juni eröffnet. Und es war schon Juni. Was da wohl ausgestellt werden wird? Die neutralen, pressenfreiheit mit den unterdrückten sozialistischen und gewerkschaftlichen Zeitungen?

Daß auch die sowjetrussische Schau unzulänglich wäre, läßt sich bestimmt nicht sagen. Ihr verhältnismäßig großer Raum ist bis ins kleinste und bis zur Decke hinauf ausgenutzt. Gleich bei der Tür muß man einhalten, um sich erst einmal ein wenig zurechtzufinden in dem Wirrwarr von Säulenn und Säulen, von vorem und rollenden Bändern, von blitzenden Funkenrichtungen und schaukelnden Trommeln. Da es mit dem Zurechtfinden keine Weile hat, geht man an den Wänden entlang auf die Suche. Dabei merkt man, daß auf dem weit in die Höhe laufenden Band Zeitungen aufgefleht sind. Und an einer Säule wandert man Hunderte von Blättern in allen möglichen Sprachen und Schriftzeichen. Man liebt beim Weitergehen: „Im Jahre 1878 wurden acht Gelasse verlost, die die Erörterung gewisser Fragen in der Presse verboten.“ Es heißt richtig 1878 und nicht etwa 1923. Im heutigen Rußland sind derartige Gelasse nicht nötig. An Blättern, worauf die — zaristische Zensur, die Bürokraten und Grundarmen oerhohnepieplett werden, fikt es nicht. Lenins Werke in 50 Sprachen sind aneinander gerichtet. Der Kenner früherer sozialistischer Literatur findet alte Leon Bekannte. Alexander Petrowitsch Kolofof (Glocke) aus dem Jahre 1857, Matjajew von 1875, dann die erste Nummer der bekannten Iskra (Funke) und die Iswestia von 1906. Die vielerwähnten Wandzeitungen werden vorgeführt durch eine Riesenausgabe mit ausgehauenen und sauberen Stücken. Es werden da allerhand Vorformulare des täglichen Lebens von zum Teil ungeheuren Händen gezeichnet, überständig gezeichnet und mit schlagenden Karikaturen funkfälliger gemacht. Die russische Ausstellung ist gewiß recht wirkungsvoll und vollständig, sie wäre noch wirkungsvoller und vollständiger, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter und die bürgerlichen Presseleute Rußlands mitgewirkt hätten. Warum diese nur nicht dabei sind?

Das Haus der Arbeiterpresse

Am stärksten wird unjereiner natürlich von dem Hause der Arbeiterpresse angezogen. Nach dem mißlungenen Anfang der Gejolei ist man doppelt neugierig, ob und inwiefern man gelernt hat. Zweifelsohne ist dieses Gebäude einladender, und es verrät ein erfreuliches Streben nach Eigenart. Ob aber ein Gebäude von dieser Konstruktion und mit dermaßen viel Glasflächen für eine Zeitungs-Schau, die sehr viel glatte Wandfläche braucht, besonders paßlich ist, das mögen die Fachleute beurteilen. Doch wichtiger ist das, was das Innere bietet. Gleich zur Rechten eine lange Reihe Schaufenster, worin sich für die Arbeiterbewegung höchst wertvolle Zeitungen und sonstige Druckgaben befinden. Da der berühmte Hessische Landbote (1834) mit der „Ersten Volkshaus“. Man muß ein wenig weiterlesen, um zu entnehmen, unter welcher entsetzlichen Verhältnissen die sozialistischen Pioniere zu wirken hatten. Dem Leser wird eingeschärft: Sie müssen das Blatt sorgfältig vor der Polizei bewahren; es unbekannt nur heimlich hantieren, und wenn das Blatt bei einem gefunden wird, so soll er gestehen, er habe es dem Kreistat (großen Denunziation) bringen wollen. Zum Hessischen Landboten (1845) und die erste und die letzte Nummer der hochbedeutungsvollen Rheinischen Zeitung unjereiner sozialistischen Altmeister gereicht. Dann folgen Der Volksstaat von 1872 und der allbekannte Zürcher Sozialdemokrat.

Wie armelig und politisch schändlich waren doch die deutschen Verhältnisse zu der Zeit, wo diese Blätter erschienen, und auch viel später noch. Den gewaltigen Fortschritt bezeugen einige Zahlen: im Jahre 1913 gab es in Deutschland 90, heute 191 sozialdemokratische Tageszeitungen, und die Auflage der Presse der freien Gewerkschaften beträgt 21 Millionen Stück. Dabei der ungeheure Schriftverkehr unjereiner Bewegung nicht unwichtig bleiben darf. Auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Presse ist gedacht. Hunderte von in- und ausländischen Blättern sind aufgelegt. In Glasfassen werkschaftsgeheimlich wertvolle Schriftstücke und Handdriften der längst unter dem kühlen Regen liegenden Genossen und Freunden liegen, wie usw. An den Wänden die deutschen Gewerkschaftblätter, darunter natürlich die drei Zeitungen unjereiner Verbandes. Im Hintergrund läuft ein Film: Im Anfang war das Wort... der acht Jahrzehnte proletarischen Befreiungskämpfe den Besuchern vorführt.

Diese unjere Ausstellung ist sicherlich besser als die zu Düsseldorf. Allein, wir haben uns die Ausstellung des stärksten Zuweges der sozialistischen Arbeiterbewegung etwas anders, sagen wir, weniger korrekt vorgestellt, dafür aber lebendiger, wuchtiger. Die Ausstellung einer revolutionären Bewegung von solcher weltgeschichtlichen Größe sollte gleichfalls eines, man verzeihe, revolutionären Stiches nicht entbehren. Sie muß, um ein paar magere Andeutungen zu machen, die Kämpfe, Opfer und Erfolg so eindrucksvoll wie nur möglich darstellen, zumal hier mit Besuchern zu rechnen ist, die nicht unmittelbar mit der Arbeiterische verbunden sind und die man, wenn irgendwo, dann hier wirklich aufklären und beindrucken kann und soll. Diese Notwendigkeit ist jedoch mit Korrektur aneinander gereichten Blättern und Schriftstücken, die kaum einer der nur mittelbar Beteiligten lieft oder zu bewerten vermag, schwerlich zu erfüllen. Um den Zweck der Ausstellung möglichst vollständig zu erreichen, hätte — beispielsweise — der Kampf unjereiner Bewegung und ihrer Presse mit der obrigkeitstaatlichen Polizei, dann die Zensur, die Kassestrafenbeleidigungsprozesse mit der Waffe der Gefängnis- und Geldstrafen handgreiflich einfach, aber wuchtig dargestellt werden müssen. Des kölnischen Parteiblatt hat wohl den Mangel abzuheben vermag, indem es verschiedene Nummern auslegt, die das Wachen der Zensur erkennen lassen. Diese Sammlung hätte leicht verfestigt gemacht werden können. In dem Raum hinter unjere Blätter liegt genug Stoff für ein wirkungsvolles Gesamtbild gedankt. Dazu hätte, wenn nicht durch plastische Darstellung, dann besser noch durch einen Sonderfilm der Gewerkschaften deren kulturgeschichtlich nicht zu unterschätzende und sehr erfolgreiche Tätigkeit vor aller Augen geführt werden müssen. Kurz, wir haben auf dieser Ausstellung mehr Lebendigkeit, viel mehr Inhalt, viel mehr Bucht erwartet. Vielleicht ist die Schau noch nicht fertig und ihre Vervollständigung geplant. Darauf deuteten ein paar Arbeiter hin, die verweilten, in der Höhe ein Rollband für Zeitungen anzubringen.

Die geschichtliche Entwicklung der Zeitung

Die Ausstellung ist keineswegs nur für Zeitungsschreiber und Drucker des Schreibens voll, sondern auch für den geistig tätigen Arbeiter und den Maschinenbauer. Freilich braucht man Zeit, viel Zeit, um aus dem Gekotenen den gebührenden Nutzen zu ziehen. Dies gilt besonders von der Geschichte des Pressewesens. In den unteren Sälen der ehemaligen Kaserne findet man den Anbeginn der Zeitung plastisch dargestellt. Aus Holz geschnitten Gruppen von Bänkellängern, Landsknechten und Marktbesuchern tragen Heiligkeiten oder Moritaten einem lauschenden Publikum vor. An die gesprochenen Zeitung schließt sich die handgeschriebene an. Ein wüchsiger Schreiber übt sich im Herstellen von Briefen. Die Erfindung Gutenberg s bringt eine grundlegende Umwälzung. Die getreuliche Nachahmung einer der ersten Druckerwerkstätten gestattet Vergleiche zu ziehen mit dem damaligen und dem heutigen Stand des Gewerbes. Jetzt mehren sich die (handmaschinennmäßig hergestellten) Blätter. Der Reformation kommt die Kunst Gutenberg s trefflich zustatten. Von ihren Schriften sind in Schaufenstern wichtige Stücke ausgelegt. Von dem Handel mit der himmlischen Seligkeit, der sich an den Klammern des Teufels knüpft, berichten einige dieser Blätter. So liest man auf einer aus dem Jahre 1518 stammenden Schrift:

On Aplos von Rom

Ian man wol selig werden durch angang der göttlichen heiligen gesch. v. j. 111.

Von Luthers Einzug in Worms und seiner Verhandlung Bericht

Am angang we Dr. Martinus Luthers zu Worms am 17. August 1521. In agner person verhöret und mit ihm darauß gehandelt.

Die mehr gelegentlichen Schriften wachen sich allgemach zu regelmäßig erscheinenden Intelligenzblättern, das heißt Anzeigerblättern aus. In den Anzeigen fügen sich bald Berichte von örtlichen und fernem Geschehnissen, zuweilen recht schmarziger oder kindlicher Art. Mit den Verfügen, kritische Betrachtungen angehängt, ergänzt die Zensur. Ihr und ihren bösen Streichen ist ein breiter Raum gewidmet. Die französische Revolution und später die deutsche (1848) gewöhnen der Obrigkeit die unerschütterlich gewordene Annahme mit einem Schläge wieder ab. Freilich nicht lange. Mit der einsetzenden Reaktion walteten die Korinthe der obrigkeitlichen Fühlungs dreister als vorher. Die von der Zensur behandelten Zeitungsseiten lassen erkennen, wie weit die Bevormundung der Presse in früherer Zeit ging. Unter einem Blatte, das einen neuen Frauenbusen zeigt, liest man den Befehl des Zensors: Kopf bedeckt werden.

In der historischen Abteilung des preussischen Staates befinden sich Beweise, wie die Regierung die Presse in ihrem Sinne beeinflusste. Die Berliner Zeitungen werden (am 13. September 1811) angewiesen, von dem Wiener Kongress nur die Berichte des österreichischen Beobachters abzufragen. Die Rheinische Zeitung wird (am 30. Januar 1843) ohne Wissen ihrer Schriftleitung durch behaltene Anzeigen von Amt wegen beauftragt. Der preussische Gesandte muß (14. Juni 1844) beim Wiener Senat wegen der Zensur-Zeitungen vorstellig werden, weil sie Anzeigen aus dem pariser Vorwärts enthält. Die Beweise altpreußischer Korruption lauten auf. Bismarck, der nationale Hero und Vater des Sozialismus, schiebt öffentliche Gelder seinen gemessenen Zeitungen massenhaft zu. Ein amtlicher Plan aus dem Jahre 1863 stellt 200 000 Taler für „konserwative Zwecke“ auf. Einigen Abrechnungen ist zu entnehmen, welche Blätter mit Staatsgeld bedacht worden sind. Auf einer Seite geschrieben, daß der Regierungspräsident Graf v. Westphal in dem Jahre 1878 für die Rheinische Zeitung 300 Taler erhielt. Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin zeigen, wie (1879) der Kampf gegen sozialistische Zeitungen betrieben wurde. „Nur mehr Sorge“ machte den Polizeigewaltigen der in Zürich gedruckte Sozialdemokrat.

Die der Anspan der Welt vergeht, wird eindrucksvoll durch drei nebeneinander gelegte Nummern des Preussischen Staatsanzeigers dargehen. Die eine, vom 18. Januar 1871, verhandelt die Kaiserkrönung, die zweite, vom 9. November 1913, enthält die Abdankung Wilhelms II., die dritte, vom 12. November 1918, bringt den Aufbruch der ersten Regierung der deutschen Republik. Von der Weltgeschichte eines mächtigen Staates deutscher Geschichte bekommt man einen deutlichen Begriff in einem Saale, dessen Wände ganz mit Plakaten von 1848 bis 1924 bedeckt sind. Sie beginnen mit der Verkündigung der Revolution in Wien („Wohl ist gemacht, Berlin ist gemacht“) und enden mit dem Plakat, das Hindenburg als „Der Reiter“ zeigt.

Druckerei- und Nachdruckwesen

Gleich beim Eintritt in das große weiße Gebäude zeigt ein den Zeitungsraum nur zu gut bekanntes Gemälde an, daß hier die Rotationsmaschinen mit Jubel untergebracht sind. Auf dem Bogen rechts steht der Schrift: Rechte Druckerei.

Die Tätigkeit in der Schriftleitung wird verschiedentlich durch plastische Darstellungen und durch ein Spielchen dem Laien verständlich zu machen versucht. Ob das festsitzt bei einem scharfsinnigen Laien gelingt? Sehr zu bezweifeln. Die aufregenden, nervenzertreffenden, lärmenden Stunden und Minuten vor der Fertigstellung einer Tageszeitung muß man miterleben haben, man muß selbst als Tag in dem Zeitungsbetrieb stehen, man muß selbst die Heft mit erleben, mit her die Teufeln und Telephonate durch den Kopf des Schriftleiters aufs Papier, weiterdurch die Setzerei und über die Rotationsmaschine gejagt werden, um sich einen richtigen Begriff von der Wirklichkeit des Zeitungsbetriebes machen zu können. Dem Laien wird ein solcher Begriff selbst mit allen Krüften der Schilderung oder Darstellung nicht beizubringen sein. Er wird, auch wenn er die Ausstellung tagelang sehenden Auges durchwandert hat, nicht viel mehr als vorher wissen. Er wird weiter auf die Zeitungsschreiber schimpfen, wenn er mal eine unzutreffende Korrektur, einen Druckfehler oder sonst einen Mangel entdeckt, weil ihm eben nicht beigebracht werden konnte, daß trotz allen Scharfannes, Gewissenhaftigkeit und beruflicher Tüchtigkeit die Herstellung einer Zeitung ohne Mängel wegen der wilden Hast nicht möglich ist.

Was man auf der Ausstellung bitter bemerkt hat, ist ein Saal, wo die soziale Stellung der Zeitungsschreiber und ihr soziales Verhältnis unerbittlich dargestellt ist. Es ist zwar des Berufsalters der deutschen Redaktoren und Dinge erzählen Wertes angegeben, aber nicht die viel wichtigere Sache, die Bezahlung der Klasse der Redaktoren und ihre Abhängigkeit in den bürgerlichen Zeitungen. Eine Gehaltstafel, eine Reihe von Arbeitsverträgen und die Kündigungsgünde hätten unbedingt zur Schau gestellt werden müssen. Warum so schäblicher? Dem Schriftleiter soll es, wenn wir nicht irren, Ehrenpflicht sein, gegen jedes Unrecht, gegen jede Ungleichgültigkeit die Öffentlichkeit aufzuklären. Warum diese Ehrenpflicht nicht auch gegen sich selbst und seinen Stand erfüllen? Hätte man eine Schau mit den oben genannten Dingen veranstaltet, die schonartigen Reden auf den Veranstaltungen der Presseleute in Köln wären wahrhaftiger gewesen.

Die internationale Schau

Den Zusammenhang mit der deutschen Presse soll das Schwedische herstellen. In diesem Kreisgespräch, geradezu ungenügend besprochen, auf dessen Tünnen die Flaggen vieler Länder wehen, geht es ein Teil von der Bekanntheit ihrer Presse. Dies gilt allerdings nur in beschränktem Sinne. Manche Staaten jähren der Meinung zu sein, sie müssen hier Reklamieren für ihre Konstante und Werte machen. Was ein wert in die Räume Kordamoras und England, weil man etwas von der beispiellosen Reife ihres Programmens zu finden hofft. Enttäuscht geht man wieder von dannen. In Englands Saal de erste eigene Druckpresse aus dem Jahre 1477. In Schweden geschichtlich interessante Druckmaschinen, wie die Perfect Occurrences of both House of Parliament 1636 (Vollständiger Bericht der Verlesung beider Parlamente), Reiter von den ersten Landzeitungen, Frühblätter der politischen Presse, darunter eine Nummer der Daily News aus dem Jahre 1816 mit einem Brief ihres Gründers Charles Dickens, dann der Wochenblätter Standard und der Daily Telegraph (1858). Noch anzusehen ist es in dem Raum Nordamerikas aus. Der politische Geist der Länder spiegelt sich in ihren Sälen wieder.

Anträge zum Verbandstag in Karlsruhe

Anträge zu Punkt 6 der Tagesordnung

§ 32 Absatz 4

Vorstand. Dem Absatz anfügen: Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 13 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Frankfurt a. M. Dem Absatz anfügen: Wahlbar sind nur Mitglieder, die mindestens 3 Jahre (= 156 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Abf. 6

Vorstand. Der zweite Satz soll lauten: Für Diäten und Entschädigung an Arbeitsverdienstausfall finden die Bestimmungen des § 35 Abs. 5 Anwendung. An Jahrgeld wird dritte Klasse vergütet. Der dritte Satz wird gestrichen.

§ 33 Absatz 2

Vorstand, Hagen. Hinter den Worten „Wiederwahl ist zulässig“ in der sechsten Zeile anzufügen: An den Wahlen zur Ortsverwaltung können nur Mitglieder teilnehmen, die mindestens 13 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Elbing, Elmshorn, Riesa, Völkner, Wittenberg, Lange u. Gen., Leipzig, Kau-Dröben-Fretschel ohne die Worte: Vom Vorstand zu beauftragen, **Blauen, Kemnitz, Bader u. Gen., Waldenburg, Berr-München, Brummer-Nürnberg, Günther u. Gen., Dresden-Friedrichsberg, Penne u. Gen., Posen, Wittenberg, Galle u. Gen., Hagen, Hanse-Nachen, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig.** Der erste Satz erhält folgenden Wortlaut: Die örtliche Verwaltung wird geführt von 5 Mitgliedern, die alljährlich in Mitgliederversammlungen in geheimer Abstimmung durch Verhältniswahl zu wählen und vom Vorstand zu beauftragen sind.

Frankfurt a. M., Göttingen. Hinter den Worten „Wiederwahl ist zulässig“ ist anzufügen: Wiederwahl ist nur derjenige Strecke, der mindestens 3 Jahre (= 156 Wochen dem Verband angehört und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet hat.

Suhl. Neue Fassung: Die örtliche Verwaltung wird geführt von 5 Mitgliedern, die alljährlich in den Mitgliederversammlungen zu wählen sind. Dies betrifft auch die nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches angestellten Beamten. Das erste der Verwaltungsmittelglied hat die Gesamtverantwortung (Gesamtwirtschaft) und hat je nach den vorerwähnten Bestimmungen die dafür verlangten Eingaben an die Behörden zu besorgen und etwa verlangte Auskünfte zu erteilen. Das zweite führt die Ortskasse (Kassierer). Die drei übrigen Verwaltungsmittelglieder haben die Kontrolle und die Revision auszuüben.

Je nach Bedürfnis kann die örtliche Verwaltung durch einen zweiten Bevollmächtigten und einen zweiten Kassierer verstärkt werden. Bevollmächtigten von über 1500 Mitgliedern haben das Recht, drei weitere Beisitzer zu wählen und ihnen die Vorgesetzten von Kommissionen zu übergeben. Ist in diesen Verwaltungsmitteln die Vertretung der Ortsverwaltung über die festgesetzte Zahl hinaus zu ergänzen, so kann dieses durch Ortsstatut geschehen. Die Gesamtwirtschaft ist für die Verbandsgelder persönlich haftbar, soweit ihr Kenntnis der nicht im Verbandinteresse verwendeten G.G.L. nachgewiesen werden kann.

Stuttgart. Satz 1 erhält folgende Fassung: Die örtliche Verwaltung wird geführt von 5 Mitgliedern, die alljährlich in Mitgliederversammlungen zu wählen sind.

Elbing, Stuttgart, Völkner, Wittenberg, Berr-München, Brummer-Nürnberg, Günther u. Gen., Dresden-Friedrichsberg, Lange u. Gen., Leipzig, Kau-Dröben-Fretschel, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig. Als dritte Satz wird neu eingefügt: In Ortsverwaltungen, wo das Vertretersystem besteht, erfolgt die Wahl durch Urwahl nach dem Verhältniswahlrecht.

Göttingen. Im ersten Satz die Worte „die alljährlich in Mitgliederversammlungen zu wählen und vom Vorstand zu beauftragen sind“ streichen und dafür zu setzen: die alljährlich durch Urwahlen zu wählen sind.

Ebinghaus u. Gen., Hemsbeck. Der erste Satz erhält folgenden Wortlaut: Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mitgliedern, die alljährlich in Mitgliederversammlungen von den Mitgliedern zu wählen sind, die dem Verbands mindestens ein Jahr angehören. Wahlbar sind nur Mitglieder, die dem Verband mindestens drei Jahre angehören. Die Gewählten sind vom Vorstand zu beauftragen.

Im zweiten Satz hinter „die“ anfügen: vom Vorstand auf. **Hagen u. Gen., Freiburg.** Absatz 2 beginnt mit: Vom Vorstand und Bezirksleitung werden für die einzelnen Verwaltungsteile benötigte Beamte und Hilfskräfte nach Rücksprache mit den betreffenden Verwaltungsteilen angestellt und nach den Gehaltsätzen des letzten Verbandstages bezahlt.

Stuttgart. Der 8. Satz erhält folgende Fassung: Ist in diesen Verwaltungen die Vertretung der Ortsverwaltung über die festgesetzte Zahl hinaus zu ergänzen, so kann dies durch ein dem Vorstand zur Kenntnisnahme unterbreitetes Ortsstatut geschehen.

Abf. 3

Vorstand. Dem Absatz anfügen: Die Tagesordnung der Mitgliederversammlung ist den Mitgliedern rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen der Ortsverwaltung so zeitig eingereicht werden, daß sie bei Bekanntgabe der Tagesordnung berücksichtigt werden können. Ist eine Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen im Ortsstatut nicht festgelegt, so gilt im Streitfall die Geschäftsordnung des Verbandstages, soweit sie Wortmeldung, Redezeit, Stellung von Geschäftsordnungsanträgen und Beschlußfähigkeit betrifft.

Hagen. Die jetzige Fassung zu streichen und folgenden Wortlaut zu setzen: Zu den im Absatz 2 genannten Mitgliedern der örtlichen Verwaltung kommt ferner ein Vertreter der örtlichen Betriebsräte sowie ein Vertreter der Jugendkommission. Die Betriebsräte und die jugendlichen Mitgliederversammlungen wählen einen Reichs- und einen Reichsbetriebsvorstand ein. Die Wahl erfolgt durch die Mitglieder- oder Vertretergeneralversammlung.

Hagen, Rogeman, Völkner, Brummer-Nürnberg, Lange u. Gen., Leipzig, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig. Folgenden Satz einfügen: Insbesondere ist es Aufgabe der Mitglieder- oder Vertretergeneralversammlungen, jeweils zu den wichtigsten Tarifbewegungen Stellung zu nehmen, um die Aktivität der Mitglieder zu steigern und allgemeine Richtlinien herauszugeben.

Göttingen, Wittenberg, Hempel-Dresden, König-Berlin-Neußlin, Wilsmeier-Hamburg. Als Ergänzung neu einfügen: Die Ortsverwaltung hat ferner die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben und Berufsschulen die Wahl von jugendlichen Vertrauensleuten des DMB erfolgt. Als Jugendvertrauensleute kommen Mitglieder des DMB bis zum 25. Lebensjahr in Frage. Die Jugendvertrauensleute aller Betriebe und Schulen sind regelmäßig zu Jugendvertrauensleutenkonferenzen zusammenzuführen, die dann zu den stehenden Jugendfragen Stellung nehmen.

Göttingen, Wittenberg, Bader u. Gen., Waldenburg, Hempel-Dresden, König-Berlin-Neußlin, Hagen, Hemsbeck, Wilsmeier-Hamburg. Hinter „der örtlichen Betriebsräte des DMB“ einfügen: sowie ein Vertreter der Jugendkommission.

Abf. 5

Vorstand. Hinter dem Wort „abzutreten“ in der fünften Zeile anfügen: Verwaltungsteilen mit 3000 Mitgliedern und nicht müssen die Vertreterversammlung einfügen.

Ferner ist hinter „Ortsstatut“ in der neunten Zeile zu setzen: in Verwaltungsteilen mit 3000 Mitgliedern.

Stuttgart, Hagen, Hagen u. Gen., Hagen. Im 3. Satz das Wort „Genehmigung“ durch „Kenntnisnahme“ zu ersetzen.

Hagen-Berlin. Hinter dem 3. Satz folgenden Satz einfügen: Der Vorstand darf die Genehmigung nicht geben, wenn die Zusammenlegung der Vertreterversammlung eine andere wie nur durch Urwahl gewählten Delegierten besteht.

König-Berlin-Neußlin. Der Absatz erhält folgende Fassung: Verwaltungsteilen, die wegen ihrer großen Mitgliederzahl oder wegen der räumlichen Ausdehnung ihres Wirkungsbereiches keine der Gesamtmitgliederversammlung zugängliche Mitgliederversammlung abhalten können, sind berechtigt, das Recht der endgültigen Beschlußfassung an eine Vertreterversammlung abzutreten.

Die Befugnisse der Vertreterversammlung sind durch ein Ortsstatut niederzulegen, das keinerlei die Rechte der Mitglieder einengende Bestimmungen enthalten darf.

Dieses Ortsstatut muß dem Vorstand zur Genehmigung unterbreitet werden.

Der Beschluß über die Einführung von Vertreterversammlungen und über ein Ortsstatut muß durch eine Mitgliederversammlung erfolgen, deren Tagesordnung diese Punkte enthält und derart und so zeitig einberufen ist, daß jedes Mitglied Kenntnis von der Versammlung erhält und daran teilnehmen kann.

Die Vertreterversammlung hat mindestens vierteljährlich einmal stattzufinden.

Vor jeder Vertreterversammlung ist rechtzeitig eine der Mitgliederzahl und den örtlichen Verhältnissen entsprechende Anzahl von Mitgliederversammlungen einzuberufen, in denen Beratung und Beschlußfassung über die an die Verwaltung gelangten Anträge und die Wahl sämtlicher stimmberechtigten Mitglieder der Vertreterversammlung zu erfolgen hat.

Jedem zu wählenden Delegierten ist eine durch die Vertreterversammlung zu bestimmende gleiche Anzahl von Mitgliedern zugrunde zu legen.

Die Wahlzeit dieser Vertreter läuft in der Regel ein Jahr, jedoch muß auf Antrag und Beschluß der Mitglieder der Abbruch und eine gleichzeitige Neuwahl vorher erfolgen.

Als stimmberechtigt gelten in der Vertreterversammlung nur die in den Mitgliederversammlungen gewählten Delegierten.

Die Mitglieder der engeren Ortsverwaltung haben in der Vertreterversammlung beratende Stimme. Darüber hinaus sollen durch Beschluß der Vertreterversammlung auch andere für das Organisationsleben wichtige Funktionäre mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Beschlüsse solcher Vertreterversammlungen sind in gleicher Weise bindend wie Beschlüsse von Mitgliederversammlungen.

Im Konnex dieses Antrags beschließt der Verbandstag: Alle zu diesen Bestimmungen in Widerspruch stehenden Vertreterversammlungen sind bis spätestens 3 Monate nach Stattfinden des Verbandstages neu zu konstituieren.

Hagen-Berlin. Die im letzter Ortsstatut festgelegte Karenzzeit von 3 Jahren, die zur Ausübung eines Mandats für die örtliche Generalversammlung erforderlich ist, wird durch Beschluß des Verbandstages auf 1 Jahr herabgesetzt.

Abf. 6

Vorstand. Der erste Satz wird wie folgt geändert: Für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke erhalten die Verwaltungsteile von den Grundbeiträgen der ersten Beitragsklasse 20 %, von den Grundbeiträgen der zweiten Beitragsklasse und der 2a-Sonderklasse 15 %, von den Grundbeiträgen der dritten und vierten Beitragsklasse 10 %, von den Grundbeiträgen der fünften Beitragsklasse 8 % und von den Grundbeiträgen der sechsten Beitragsklasse 2 % für jeden Beitrag. Von dem Beitrag der Ausgelisteten beträgt der Anteil der Verwaltungsteile 5 %.

Riesa. In der zweiten Zeile hinter „Fandern“ einfügen: Den Ortsverwaltungen mit Angestellten 30 %.

Suhl. In der zweiten Zeile hinter „Ortsverwaltungen“ fortsetzen: 25 % des Nennwerts der nach § 6 festgesetzten Wochenbeiträge.

Hagen u. Gen., Freiburg. In der zweiten Zeile die Zahl „20“ durch 10 zu ersetzen.

§ 35 Absatz 2

Vorstand. Folgenden Satz einfügen: Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 13 Wochen im Verband sind und in dieser Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Elbing, Elmshorn, Riesa, Stuttgart, Völkner, Wittenberg, Bader u. Gen., Waldenburg, Berr-München, Brummer-Nürnberg, Günther u. Gen., Dresden-Friedrichsberg, Lange u. Gen., Leipzig, Kau-Dröben-Fretschel, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig. Dem Absatz folgenden Wortlaut zu geben: Der Verbandstag wird durch Abordnung gebildet, die durch die Mitglieder aus deren Mitte in Urwahl zu wählen sind. Die Wahl ist geheim. Wo mehrere Kandidatenlisten zur Wahl stehen, erfolgt die Verteilung der Mandate nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen. Wahlbar sind nur Mitglieder, die mindestens 3 Jahre (= 156 Wochen) dem Verbands angehören.

Hamburg. Für die Wahlen zu Verbandstagen sind Mitglieder mit mindestens 52wöchentlich ununterbrochener Mitgliedschaftsdauer wahlberechtigt. Wahlbar sind Mitglieder, die dem Verbands mindestens ununterbrochen 3 Jahre (= 156 Wochen) angehören.

Diese Bestimmungen gelten, wenn nicht andere Beschlüsse des DMB vorliegen, auch bei Wahlen zu den Gewerkschaftskongressen.

Hagen. Im zweiten Satz hinter „Abstimmung“ anfügen: nach dem System der Verhältniswahl.

Ebinghaus u. Gen., Hemsbeck. (Erster Satz.) Hinter dem Worte „Mitglieder“ einfügen: die dem Verbands mindestens ein Jahr angehören.

Schwelb-Preußen. Anstatt „mindestens 3 Jahre (= 156 Wochen)“ zu setzen: mindestens 5 Jahre (= 260 Wochen).

Abf. 3

Bergedorf. Für die Zahl „3000 Mitglieder“ 4000 und für die Zahl „1500 Mitglieder“ 2000 Mitglieder zu setzen.

§ 36 Absatz 6

Delmenhorst. Hinter „Berlin“ in Zeile 4 einfügen: Sämtliche gegen festes Gehalt angestellten Geschäftsführer und sonstige, die darin einbezogen sind.

§ 38 Absatz 10

Vorstand. Der letzte Satz ist wie folgt umzustellen: Der Antrag muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für die Arbeitseinstellung gestimmt haben und wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind, dann ist anzufügen: es sei denn, daß der Vorstand die letztere Verpflichtung für die Bewegung aufgehoben hat.

Bergedorf. Dem Absatz folgende Fassung zu geben: Der Antrag auf Arbeitseinstellung kann abgelehnt werden, wenn schon an einem anderen Orte gestreikt wird, oder Kündigung erfolgt ist oder das Organisationsverhältnis der Mitglieder ein zu ungunstiges ist, oder wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind. Der Antrag muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für Arbeitseinstellung gestimmt haben.

Berlin, Elmshorn, Hagen, Gröna, Hagen, Rogeman, Völkner, Elbing, Völkner, Weimar, Brummer-Nürnberg, Hagen-Berlin, Lange u. Gen., Leipzig, Kupprecht-Markredwig, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig. Im zweiten Satz die Worte „wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen sind“ streichen.

Bensdorf. Satz 2, erster Teil bis zu dem Wort „sind“ ist dahin abzuändern, daß bei genügender Organisationsstärke und Kampfbereitschaft der in Frage kommenden Kollegen zum Mittel des Streiks gegriffen werden kann, auch ohne erst die staatlichen Schlichtungsorgane anzurufen, wenn dadurch der Erfolg einer Bewegung besser gewährleistet wird.

Frankfurt a. M. In der vierten Zeile ist hinter „Der Antrag“ das Wort „muß“ zu streichen und an dessen Stelle „soll“ zu setzen. In der sechsten Zeile ist nach dem Wort „sind“ ein Punkt zu setzen, die Worte „und“ und „wenn“ zu streichen und dafür zu setzen: Der Antrag muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens drei Viertel usw.

Leipzig. Im zweiten Satz die Worte „gesetzlichen und“ sind zu streichen.

Binneberg. Der letzte Satz ist zu streichen.

Neutlingen, Stuttgart, Hagen-Nachen. Die Worte „drei Viertel“ sind zu ersetzen durch die Worte: zwei Drittel.

Abf. 15

Elmsborn, Rogeman, Völkner, Weimar, Brummer-Nürnberg, Lange u. Gen., Leipzig, Kupprecht-Markredwig, Zeiler u. Gen., Martini-Lamig. Folgenden Zusatz anfügen: Steigt ein Schiedspruch vor, so muß eine Abstimmung der davon Betroffenen über Annahme oder Ablehnung entscheiden.

Hagen-Nachen. In der vorletzten Zeile die Worte „drei Viertel“ durch zwei Drittel zu ersetzen.

§ 39

Vorstand. Vorliegendes Statut gilt vom 1. Januar 1929 an.

Übergangsbestimmungen

Die Mitglieder, die dem Verband schon seit dem Jahre 1891 angehören, rufen nach einer weiteren Mitgliedschaft von zwei Jahren und Bezahlung von 104 Vollbeiträgen (gerechnet vom Tage des Inkrafttretens des neuen Statuts) sofort in die höchste Unterstützungstufe ihrer Beitragsklasse. Die dem Verband in den Jahren 1892 bis 1901 beigetretenen Mitglieder sind nach 156 weiteren Vollbeiträgen zum Bezug von Invalidenunterstützung berechtigt und können diese in der dritten Unterstützungstufe ihrer Beitragsklasse beziehen. Mitglieder, die dem Verband in den Jahren 1902 bis 1905 beitrugen, sind nach Leistung von 208 Vollbeiträgen zum Bezug von Invalidenunterstützung berechtigt, Mitglieder, die in den Jahren 1906 bis 1914 dem Verband beitrugen, sind nach Leistung von 260 Vollbeiträgen und Mitglieder, die in den Jahren 1915 bis 1919 dem Verband beitrugen, sind nach Leistung von 312 Vollbeiträgen zum Bezug von Invalidenunterstützung berechtigt. Für die nach dem Jahre 1919 beigetretenen Mitglieder gelten die Bestimmungen des § 12 des Statuts. Die Anrechnung der bisherigen Beitragsleistung ist danach folgende:

Mitgliedschaft seit dem Jahre	Unterstützungsgattung nach ... Vollbeiträgen, gerechnet Inkrafttreten d. Invalidenversicherung an	Unterstützungshöhe in Beitragsklasse		
		I	II	III
Eintrittsjahr 1920	520	30	17	14
• 1915 bis 1919	512	30	17	14
• 1906 • 1914	260	30	17	14
• 1902 • 1905	208	30	17	14
• 1892 • 1901	156	30	25	20
• 1891	104	40	54	27

Mitglieder, die bis zum Tage des Inkrafttretens des neuen Statuts Invalidenbeiträge (10 %) bezahlt haben und Anspruch auf die Invalidenunterstützung erheben, bezahlen den in § 6 Abs. 1 für Invaliden vorgegebenen Beitrag.

Auch diesen Mitgliedern wird die frühere Vollbeitragsleistung nach vorstehender Tabelle angerechnet, sofern 520 Vollbeiträge geleistet worden sind.

Hannover. Für die 1891 eingetretenen Mitglieder statt der Biffer „104“ zu setzen: 52.

Jena. Für die älteren Mitglieder die Mitgliedschaft wie folgt anrechnen:

Eintrittsjahr 1892 bis 1901 nach 586 Wochen 80 „
 1892 • 1901 • 416 • 56 „
 1892 • 1901 • 676 • 40 „

Dieser Modus ist für alle übrigen Gruppen zu berücksichtigen.

Riel. Die vor Einführung der Invalidenunterstützung erworbene Mitgliedschaft wird wie folgt angerechnet:

Eintrittsjahr	Wahl der Invalidenversicherung angerechnete Beiträge	Kausierung pro Monat
1891 - 1899	1041	Mit Inkrafttret. d. Inv. Unterh. 20
1904 - 1899	781	• 25
1899 - 1903	520	• 20
1904 - 1908	416	Nach 2 Jahren • 20
1909 - 1913	312	• 4 • 20
1914 - 1917	208	• 6 • 20
1918 - 1924	104	• 8 • 20
Nach 1923	-	• 10 • 20

Mitglieder, die bis zum Tage des Inkrafttretens des neuen Statuts Invalidenbeiträge (10 %) bezahlt haben und Anspruch auf die Invalidenunterstützung erwerben wollen, bezahlen den in § 6 Absatz 1 für Invaliden vorgegebenen Beitrag.

Mit dem Beginn des Rentenbezuges wird die Beitragsleistung für die Invalidenversicherung eingestellt.

Rogeman. Die Anrechnung der alten Mitgliedschaft wie folgt beschließen:

1891	nach Leistung von 104 Beiträgen	• 40,-
1892 bis 1896	• 156	• 34,50
1897 • 1900	• 208	• 33,-
1901 • 1904	• 260	• 29,50
1905 • 1911	• 312	• 28,-
1912 • 1918	• 364	• 23,-
1917 • 1919	• 416	• 20,-

Diese Sätze steigen jedes Jahr um 1 M bis zum Höchstbetrage jeder Klasse.

Hessenbach. Die Anrechnung der bisherigen Beitragsleistung in folgender Fassung vorzunehmen:

Eintrittsjahr 1923	(520 Wochen)	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
• 1920 bis 1922 (416)	20	17	14	
• 1915 • 1919 (312)	20	17	14	
• 1906 • 1914 (260)	20	17	14	
• 1902 • 1905 (208)	20	17	14	
• 1892 • 1901 (156)	30	25	20	
• 1891 (104)	40	34	27	

Sieburg. Fünfte Zeile der Eingruppierungen soll heißen: 1894 bis 1901. Sechste Zeile soll heißen: 1891 bis 1893.

Sorau. Übergangsbestimmungen wie folgt fassen:

Eintrittsjahr 1920	anstatt 520 Vollbeiträge	390
• 1915 bis 1919	• 312	• 260
• 1906 • 1914	• 260	• 104
• 1902 • 1905	• 208	• 78
• 1892 • 1901	• 156	• 52
• 1891	• 104	• 26



Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C-N 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 24. Juni in der 20. Wochensitzung für die Zeit vom 21. bis 30. Juni 1929 fällig.

Die Erhöhung von Extrabeiträgen wird nach § 8 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Vertragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
Aktien-	5%	20	15	10	27. Woche
Sitzau-	20	20	15	5	27. Woche

Bis einschließlich 52. Woche 1928.

Die Nichtbegleichung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für den in Nr. 15 und 16 der Metallarbeiter-Zeitung angegebenen Posten eines Bezirksleiters für den Bezirk Frankfurt am Main wurde der Kollege Alfred Richter, Frankfurt a. M., gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Verlesen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 4268991, lautend auf den Buchhalter Max Rader, geb. am 6. Juli 1896 zu Senftenberg (Senftenberg).

Aufgefordert werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Wünschen ein Nachweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Zur Beachtung! - Zutritt ist fernzuhalten

von Kampfern nach Holland SL;
von Waagenjustizern nach Oshag (Oshager Waagenfabrik Otto Welig)
A - Lohnbewegung; D - Differenzen; o. St. - Streik in Sicht.
St. - Streik; R. - Rohvegung; M. - Mühlende; K. - Kautschung
Arbeitslose Mitglieder haben Verständnis, auch wenn der beste Ort nicht in der Zeitung genannt ist. Erhaltung der in der Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand eingehalten. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied persönlich angehört, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Allgemeine Kranken- und Sterbeliste der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (D. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchaussee 20.

Krankheiten und Ausgaben der Krankenkasse im Monat Mai 1929

Krankenkasse:		
Einnahmen	...	55324,37 M.
Ausgaben	...	79023,65 M.
Rechnungsbilanz	...	17699,28 M.
Ruffenbestand am 1. Mai 1929	...	1161632,69 M.
...	...	1154153,41 M.
Sterbeliste:		
Einnahmen	...	15906,51 M.
Ausgaben	...	24875,81 M.
Rechnungsbilanz	...	8769,90 M.
Ruffenbestand am 1. Mai 1929	...	1161639,57 M.
...	...	1182790,27 M.

Kollegen aller Berufs! Schützt euch und eure Familien im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiter-Krankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nicht zu legen habt. Denacht euch vor Schindeln dadurch, daß ihr euch an den eigenen Unternehmungen beteiligt. Im Jahre 1928 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Versicherten, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbeliste der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (D. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.
Hamburg, im Juni 1929. Der Vorstand.

Verbandsanzeigen

Gesucht wird der Metallarbeiter Karl Ritter Störzel, geboren am 28. Januar 1906 in Dorschemberg, wohnhaft gewesen in Friedland. Er ist am 11. Mai 1929 in Dresden auf Lebensdauer abgemeldet. Wir erziehen bei Ausländern des Kollegen der höchsten Bewährungsgrade Kenntnis zu geben. Verwaltungskasse Dresden.

Thodor Werner 70 Jahre

Am 11. Juni konnte Thodor Werner, der langjährige Leiter unseres Verbandes, die Feier seines 70. Geburtstages begehen. Der nunmehr 24 Jahre bestehende Klubstand ist unserem Geburtstagsklub zuzuschreiben, so daß er kleine Ehrungen bei jeder feierlicher Gelegenheit und gelungener Feste begehen kann. Auch sein unermüdetes Engagement, der ihm stets über alle Erwartungen der Besessenen hinausgehenden bei, steht uns in besonderer Weise. In den Wünschen, die ihm alles Fortschritt an seinem Geburtstag reichlich zugehen hat, werden sich wir nicht befehlen dürfen und verbinden sie mit dem Wunsch, daß dem Alter noch ein sehr langer, fruchtbarer Lebensabend beschieden sein möge.

Kollege und Kollegin Willy Gottschalk (Hamburg)

Leser herzlich danken für die beiden Aufstellungen, die ihnen bei ihrer geliebten Tochter von Verbandskollegen einbringen werden.

Kollegen! Sucht kein Dorf, das von der eigenschöpferischen Arbeit des Volkes lebt

Kollegen! Sucht kein Dorf, das von der eigenschöpferischen Arbeit des Volkes lebt. Es gibt kein Dorf, das von der eigenschöpferischen Arbeit des Volkes lebt. Es gibt kein Dorf, das von der eigenschöpferischen Arbeit des Volkes lebt.

Zum ersten Oberkurs in Dürrenberg

In der Zeit vom 20. Februar bis zum 28. Mai lief an unserer Wirtschaftsschule der erste dreimonatige Kurs für fortgeschrittene Funktionäre. Ein Versuch war das vom Vorstand und ein Wagnis zugleich. Ein Wagnis insofern, daß es galt, die Hörer 14 Wochen aus den Betrieben zu nehmen. Ob sie sich dann wieder einfügen würden, um weiter ihre gewerkschaftliche Pflicht zu erfüllen, das war eine Frage, die im voraus nicht beantwortet werden konnte. Bereits in seiner Begrüßungsrede wies der Genosse Engelbert Graf darauf hin, daß der Vorstand erst den Ausgang und den Erfolg des ersten Kurfes abwarten wolle, ehe er zu weiteren solchen Kurzen seine Zustimmung gebe.

Vorbei sind nun die schönen Tage, wo wir uns ganz der geistigen Arbeit hingeben konnten. Da ist es wohl an der Zeit, kurze Rückschau über das Gebotene zu halten. Nicht alle Absichten, die die Schulleitung hatte, konnten verwirklicht werden. Schuld daran war der Lehrermangel, der sich hauptsächlich in der ersten Hälfte des Kurfes bemerkbar machte. Der Lehrplan umfaßte vorwiegend Arbeits- und bürgerliches Recht, Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaft, Geschichte der Arbeiterbewegung und Betriebs- und Sittenlehre. Bedauerlich war, daß eines der wichtigsten Gebiete, die Sozialversicherung, nicht behandelt werden konnte, weil es nicht gelungen war, dafür einen tüchtigen Lehrer zu finden.

Aber den Unterricht der beiden händigen Lehrer, der Genossen Graf und Trautzel, zu schreiben, ist wohl überflüssig, da deren Unterrichtsweise und Art allgemein bekannt sind. Durch die Anstellung eines weiteren ständigen Lehrers für Privatwirtschaft und Durchführung des Genossen Stübgen, kam der Vorstand einem seit langem bestehenden Bedürfnis nach. Die starke Anteilnahme an diesen zwei wichtigen Fächern ließ erkennen, daß hier Keure geboten wurde. Wir können sagen, daß der Vorstand und die Schulleitung bei der Auswahl des Lehrers eine glückliche Hand gehabt haben.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde vom Kollegen Schließer ausführlich behandelt. Besondere Hervorhebung verdienen seine Vorträge über die christliche Arbeiterbewegung. Neben den ständigen waren auch verschiedene Gastlehrer tätig, die in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielen. Die Genossen Professor Herberg, Euh, Friede und Raphael unterrichteten über Statistik, Struktur des Arbeitsmarktes, Sozialpolitik und Bilanzkunde. Über nationalökonomische Energiewirtschaft hielt der Vorsitzende des Reichs-Industriewirtschaftsrates, Herr zur Nedden, zwei Vorträge. Wenn auch keine Ausführungen über die Auswirkungen hoher Löhne auf den Arbeitsmarkt Vorträge hervorrufen, so schaden es doch nichts, daß wir auch einmal einen Vertreter der Gegenseite zu hören bekommen. Ein Erlebnis war für uns alle der Vortrag des Genossen Professor Max Adler, Wien, über soziale und politische Demokratie. An dem zweiten Kaffeekurs, an dem die beiden Vorstandskollegen Schäfer und Schott unterrichteten, konnten auch wir verschiedene Stunden teilnehmen. Daß neben der geistigen Lust die leibliche nicht zu kurz kam, dafür sorgte in vorzüglicher Weise der Kollege Hans Stebe.

Während der ganzen Zeit herrschte zwischen der Schulleitung, den Lehrern und den Hörern das beste Einverständnis. Wenn sich aber die Schulleitung entschließen konnte, nach einem vorher ausgearbeiteten Stundenplan zu unterrichten, konnte von den Hörern noch mehr geleistet werden. Dadurch wäre es möglich, daß sie sich über das zu bearbeitende Gebiet aus der reichhaltigen Schulbucherei unterrichten könnten.

So ist denn die schöne Zeit viel zu schnell für uns vergangen. Sind auch nicht alle unsere Forderungen erfüllt, so ist doch fruchtbringende Arbeit geleistet worden. Es gilt nun, in der täglichen Kleinarbeit das Geleistete für unseren Verband zu nützen. Vielleicht liegt es sich ermöglichen, daß die Hörer dieses Kurfes und der nächsten in bestimmten Zeiträumen in Dürrenberg zusammengekommen werden, um sie in kurzen Wiederholungskursen über den neuesten Stand der Verhältnisse zu unterrichten. P. D. O. S. a. g.

Unterfahren an Schweißapparaten

Der Aufsatz „Verursachen der Schweißerg“ von dem Kollegen Albert Döring in Nr. 18 der MZ ist wohl von den meisten Schweißern lebhaft begrüßt worden. Was der Kollege über die Krankheiten der Augen, Nerven, Lunge und Herz schreibt, kann ich nur unterstreichen. Ich selbst war auch Wochen in einer Lungenschule und habe da die Gefahr der Menschen in ihrer ganzen Tragweite kennengelernt. Will ein Schweißerg viele Jahre seinen Beruf ausüben, so ist es unbedingt notwendig, daß er täglich kräftige Luft und gute Milch zu sich nimmt. Aber noch notwendiger ist es, an den Sonn- und Feiertagen die Lunge durch kräftige Atmungen in frischer Luft von allem Schwanz zu reinigen. Einige Wochen Urlaub würden gewiß zur Erhaltung der Gesundheit beitragen. Das alles kann er sich aber nicht bei einem Stundenlohn von 88 bis 100 M., wie er auf den Wertzen üblich ist, erlauben. Ob man aber mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit allein diese Arbeit leisten kann, muß ich sehr in Frage stellen. Wie sieht es denn bei den Autogen-Schweißern aus? Die Hälfte kennen nicht einmal die Gefahren ihres Berufes. Wenn man in einem größeren Betriebe, wie zum Beispiel auf einer Werft, arbeitet, kann man immer wieder beobachten, daß unvernünftig und schätzlos mit den Apparaten umgegangen wird. Infolge eines unrichtigen Aufstellens und einer unrichtigen Treiberkraft sind Zustände eingetreten, wie sie unendlich weitergehen können. Man muß sich wandern, daß nicht schon mehr Unglücksfälle vorgekommen sind. Wie oft kann man beobachten, daß den Kollegen die Schweißerg brennen und sie stehen der Lage verblüffend gegenüber. Erst wenn ihnen die Schläuche um die Ohren fliegen, werden sie munter. Mit keinem Werkzeug wird so leichtfertig umgegangen wie mit dem der Autogenen. Wie oft sieht man brennende Manometer und hinterher verbrannte Hände. Gibt es gesetzliche Bestimmungen über Ersetzung von Handflächen zum Schutz der Hände? Nein! Wie oft geht man Kollegen, die von Brennen und Schweißen keinen Schimmer haben.

Was geschieht, wenn infolge der Unkenntnis der Kollegen die Flaschen explodieren und blühende Menschenleben mit zerrissenen Gliedern oder tot am Plage bleiben? Gibt es gesetzliche Bestimmungen, die verbieten, daß unerfahrenen Leute Schweißergwerkzeuge gebrauchen dürfen? Nein! Nach meiner Meinung müßte jeder Autogenen sich erst an einem staatlichen Zechnum die notwendigen Kenntnisse erwerben. Im Zechnum könnte er auch im Aufstellungsunterricht die Gefahren seines Berufes kennenlernen. Der oft kann man beobachten, daß Autogenen gezwungen sind, verunreinigte Rohre, Wasser und andere Gegenstände zu schweißen. Nichts ist mir lieber, als diese wichtigen, zeitigen, täglich schmerzhaften Seite von verbrennendem Stahl. Das Schweißen von verdickten Gegenständen müßte gesetzlich verboten werden. Es wundert mich, daß die Anstaltsleiter und Landesversicherungen nicht längst Schritte zur Beseitigung dieses Übelstandes unternommen haben. P. R.

Benjamin Franklin sprang, als echter Amerikaner, nicht mit dem Schick, sondern mit der Zeit, und hing früh damit an. Im Jahre seines Todes, eines armen Eisenhändlers, gab es als Hauptnahrung für alle Tageszeiten Salzfleisch, und der kleine Benjamin mußte die Verdauung jeder Portion durch ein Maßchen erleiden. Einmal Tages blieb er im Hofe nachdenklich vor der Sonne stehen, die das Fleisch brennend und legte zu einem Feuer. Es wäre doch eigentlich eine große Feiertagsfeier, wenn wir häufig immer gleich vor der Sonne sitzen würden.

Fortsetzung der Anträge von vorhergehender Seite

Wilhelmshaven-Rüstringen. Die Anrechnung der bisherigen Beitragserhöhung wie folgt gestaltet:

Mitgliedschaft seit dem Jahre	Unterstützungszahlung nach ... berechnet v. ... b. Zus. Versicherung an	Unterstützungshöhe in Beitragsklasse		
		I	II	III
Eintrittsjahr 1920	416	20	17	14
1914 bis 1919	260	20	—	—
1908 1913	208	20	—	—
1902 1907	156	20	—	—
1892 1901	104	40	—	—
1891	sofort	40	—	—

Rechen-Lübeck. Die Verbandsmitgliederschaft vor Einführung der Invalidenversicherung wird angesetzt bei dem

Eintrittsjahr 1891 bis 1900 zu 60 vom Hundert
1901 1910 50
1911 u. später 40

Wartezeit für den Übergang:
Eintrittsjahr 1891 bis 1895 1 Jahr
1896 1900 2 Jahre
1901 1905 3
1906 1910 4
1911 1915 5

Schiffenhelm-München. Übergangsbestimmungen wie folgt fassen:

Mitgliedschaft seit dem Jahre	Unterstützungszahlung nach ... berechnet v. ... b. Zus. Versicherung an	Unterstützungshöhe in Beitragsklasse		
		I	II	III
Eintrittsjahr 1920	520	20	17	14
1915 bis 1919	312	20	17	14
1908 1914	260	20	17	14
1902 1906	208	20	17	14
1897 1901	208	25	20	17
1892 1896	156	25	20	17
1891	104	40	34	27

Zu Punkt 7 der Tagesordnung

Berlin. Entschließung (gegen die Arbeitsdienstpflicht). Die in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit wiederholt erfolgten Erörterungen über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen betrafen den Verbandsrat, gegen die Bestrebungen, den jungen Menschen auf längere Zeit seiner Freiheit zu entziehen und ihn während dieser Zeit im Sinne des Militarismus und der politischen Reaktion zu erziehen, den härtesten Protest einzulegen. Der Verbandsrat fordert die Spitzenorganisation der gewerkschaftlichen Organisationen, den ADB und die politischen Parteien der Arbeiterklasse auf, sollte versucht werden, auf dem Wege der Gesetzgebung die Arbeitsdienstpflicht einzuführen, die dem mit allen Mitteln Widerstand zu leisten.

Ermittlung von Ortsverwaltungen und Jubilanten, die in ihrem Verwaltungsbereich Gruppen des Arbeiter-Speranto-Bundes haben, werden verpflichtet, in Verbindung mit diesen Speranto-Sprachkurse durchzuführen.

Leipzig. Der Vorstand wird verpflichtet, alle in der Richtung der Arbeitsgemeinschaft gehenden Schritte sorgfältig zu beobachten und alles daran zu setzen, ein Wiederauflieben dieses Gebildes zu verhindern.

Mainz. Der Verbandsrat in Karlsruhe wolle beschließen, den nächsten Verbandsrat in Mainz a. Rh. abzuhalten.

Stettin. Der 18. Verbandsrat in Karlsruhe beschließt, den nächsten Verbandsrat in Stettin abzuhalten.

Angestellte des Hauptbüros. 1. In den Verhandlungen des Verbandstages - soweit diese Angelegenheiten betreffen - im Hauptbüro Beschäftigten betreffen - ist die gesetzliche Vertretung der Angestellten des Hauptbüros auf Kosten des Verbandes hinzuzuziehen.

2. Die Ferienregelung vom Jahre 1919 ist für alle Angestellten des Verbandes wiederherzustellen.

3. Die vom Verbandsrat in Jena beschlossene Gehaltskala wird wieder in Kraft gesetzt. Zur Annäherung an die Gehälter der anderen Gewerkschaften werden die Einzelgehälter auf 20 v. H. der jenseitigen Skala ermäßigt.

Köln. Der Verbandsrat beschließt: Die Erhöhung der Gehälter der Angestellten ist örtlich zu regeln. Die Gehaltshöhe richtet sich nach dem Durchschnittsgehalt der fünf höchstbezahlten Branchen am Orte. Hierzu kommt ein Zuschlag von 25 v. H.

Fischer-Landsberg a. W. Der Verbandsrat möge beschließen, die Gehälter der Verbandsangestellten prozentual so festzusetzen, daß sie zu den Verdiensten der Mitgliedschaft in einem Verhältnis sieben Geßlerholst u. Gen.-Solingen. Der Verbandsrat wolle beschließen: Die Lokalangestellten haben auf das vom Verbandsrat oder Vorstand festgesetzte Gehalt einen rechtmäßigen Anspruch, soweit dies die Mittel der Lokalkasse erlauben.

Frankfurt-Stuttgart. Der Verbandsrat beschließt: Der Jugendsekretär im Hauptbüro ist nach der Gehaltsgruppe der Bezirkssekretäre zu entlohnen.

Stuttgart. Der Verbandsrat in Karlsruhe wolle beschließen, mich entsprechend meiner Tätigkeit in eine höhere Gehaltsgruppe einzurufen.

Leipzig-Stuttgart. Der Verbandsrat wolle beschließen, mein Gehalt nach den Sätzen der Gehaltsgruppe der Bezirkssekretäre zu regeln.

Berlin. Der Vorstand des ADB wird beauftragt, in Verbindung mit dem ADB und den politischen Parteien der Arbeiterklasse sich dafür einzusetzen, daß den Arbeitern und Angestellten durch eine bedeutende Ermäßigung der Fahrpreise die Möglichkeit gegeben wird, ihren Urlaub auch in anderen Teilen des Reiches zu verbringen.

Sachsen-Hannover. Der Verbandsrat wolle beschließen, daß der Hauptvorstand den im Januar 1929 vom Bundesausschuß beschlossenen Kulturbeitrag zahlt. Ferner wird der Vorstand verpflichtet, entsprechend der Quote die Arbeiterhochschulen zu befreien.

Berlin-Berlin. Durch Beschluß der örtlichen föhner Generalversammlung haben die Verbandsabläufe die Zeit und Stimme in der örtlichen Generalversammlung. Dieser Beschluß widerspricht den demokratischen Grundgesetzen des Verbandes und wird durch Beschluß des Verbandsrates aufgehoben.

Besucht die Mitgliederversammlungen!

Unser Verband ist eine Demokratie. / Jedes Mitglied ist zur Mitentscheidung berufen. / Wer sich des Rechtes der Mitentscheidung nicht bedienen will, muß in die Versammlungen kommen. /

Mitgliederzahlen der Roten Gewerkschafts-Internationale

(JGB.) Auffallend ist die Verschwiegenheit, die die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGJ) über alle ihre inneren Angelegenheiten bewahrt. Nachschaffungsberichte, Mitgliederbeiträge, genaue Mitgliederzahlen, kurz all die Fragen, die in jeder Organisation immer der größten Anteilnahme sicher sind, scheinen der RGJ unbekannt Dinge zu sein. Während es an Hand der vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlichten Berichte möglich ist, alle seine inneren Vorgänge genau zu verfolgen, bringen nur ab und zu spärliche Mitteilungen über die Organisationsangelegenheiten der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in die Öffentlichkeit. Bei besonderen Gelegenheiten kann aber auch die RGJ nicht umhin, einiges über ihren Mitgliederbestand mitzuteilen. So enthält die Märznummer 1928 der Roten Gewerkschafts-Internationale anlässlich des Kongresses der RGJ eine Übersicht der „Kräfte der RGJ“, die lehrreich ist. Wird da doch offen eingestanden, daß die RGJ außerhalb Rußlands nennenswerte Organisationen nur in Frankreich und der Tschechoslowakei besitzt. Gleichzeitig wird eine Erklärung für die den Fernstehenden sonderbare Tatsache gegeben, daß die RGJ bei allen internationalen Aktionen, wo es um die Sache der Arbeiter ging, immer Zurückhaltung übte und dem IGB die Führung überließ, während ihre eigene Tätigkeit ausschließlich auf die Annahme zahlreicher und sehr weitverbreiteter Entschuldigungen und Aufrufe sowie auf das übliche Schimpfen auf die bösen Amsterdamer beschränkt blieb.

Nach den Angaben des Verfassers umfaßte die RGJ im Jahre 1927 Organisationen in folgenden Ländern: Argentinien: Leder- und Metallarbeiter 3000 Mitglieder; Belgien: „Ritter der Arbeit“ 8000 Mitglieder; Chile: Gewerkschaftsbund 50 000 Mitglieder; China: Gewerkschaftsbund 2 800 000 Mitglieder; Frankreich: CGTU 525 000 Mitglieder; Irland 18 000 Mitglieder; Kanada: Fortarbeiter 3000 Mitglieder; Kolumbien: Zentralkommission der Gewerkschaften 1400 Mitglieder; Mongolei: Gewerkschaftsbund 6000 Mitglieder; Portugal: Anhänger der RGJ 4000 Mitglieder; Spanien: Bergarbeiterverband Asturias 1000 Mitglieder; Tschechoslowakei: ZVJ 196 509 Mitglieder; Rußland: Zentralrat der Gewerkschaften 10 248 000, das heißt also zusammen 13 862 000 Mitglieder.

Scheidet man die Gewerkschaften Sowjetrußlands von diesem Verzeichnis aus, so bleibt für die RGJ herzlich wenig übrig. Denn beim Durchsehen dieser Liste wird jeder Kenner der internationalen Gewerkschaftsbewegung sofort sehen, daß die meisten der hier genannten Organisationen nur dem Namen nach bestehen. Die Mitgliederzahl des chinesischen Gewerkschaftsbundes kommt selbst dem Verfasser zu „chinesisch“ vor. Denn er bemerkt, daß „die Zahl nach den Angaben des Gewerkschaftskongresses angeführt sei. Inzwischen haben sich in China verschiedene Ereignisse abgespielt, die eine genaue Feststellung gegenwärtigen Bestandes unmöglich machen“. Er hätte getrost hinzufügen können, daß es sich mit den 60 000 Mitgliedern in Chile in ähnlicher Weise verhält. Bemerkenswert ist ferner, daß weder bei Portugal noch bei Irland die Namen der Organisationen angeführt sind, sondern nur eine beliebige Zahl von „Anhängern der RGJ“ angegeben wird. Über das Vorhandensein der Organisationen in Kolumbien, des Gewerkschaftsbundes in der Mongolei und der 1000 Bergarbeiter in Spanien wollen wir schon gar nicht streiten, sie setzen der RGJ von Herzen gegn.

Auch dem Verfasser ist dieses Ergebnis der neunjährigen, mit ungeheuren Mitteln betriebenen kommunistischen „Gewerkschaftsarbeit“ bekümmert, und er bemüht sich deshalb, die an sich nicht zu bestreitende Tatsache zu verschönern und zu erklären. Zu diesem Zweck konstruiert er zunächst eine Gruppe „revolutionärer Minderheiten“ in den verschiedenen Ländern, die sich angeblich unter kommunistischem Einfluß befinden. Je nach der Größe und Stärke der Bewegung werden die verschiedenen Länder hier mit einer beliebigen Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern angefaßt. Für Deutschland wird zum Beispiel eine Million kommunistisch gesinnter Gewerkschaftsmitglieder angegeben. Die Höhe dieser Zahl wird wie folgt erklärt: „Gegenüber den 3 983 931 Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den 680 000 Mitgliedern des IABundes macht die von uns mit einer Million angeführte Zahl der revolutionären Minderheit weniger als 25 vH des ADGB und der IFA zusammen aus, was offensichtlich eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.“ Auf dieselbe einfache Weise kommt der Verfasser zum Ergebnis, daß sich in 29 Ländern 2 874 600 Gewerkschaftsmitglieder unter kommunistischem Einfluß befinden. Aber auch dies ist ja nicht überwältigend und so führt der Verfasser noch „revolutionäre Gewerkschaften“ in 18 Ländern mit insgesamt 368 230 Mitgliedern auf, die allerdings der RGJ nicht angeschlossen sind, aber von denen bescheiden ohne weiteres angenommen wird, daß sie mit der RGJ sympathisieren.

Aus der obigen Darstellung wird auch aus den auf dem letzten Kongreß der RGJ gehaltenen Neben geht deutlich hervor, daß es mit der internationalen kommunistischen Gewerkschaftsbewegung schlecht bestellt ist. Der Mißerfolg der RGJ wird selbst von führenden kommunistischen Gewerkschaftlern nicht mehr bestritten. Zum Schluß meint der Verfasser der obigen Übersicht:

„Freilich, ein Vergleich zwischen der RGJ und Amsterdam ist selbst rein zahlenmäßig insofern nicht gut möglich, als die RGJ sich auch auf die Minderheiten innerhalb Amsterdams stützt, die häufig nicht einmal organisatorisch erfasst sind, und auf eine Reihe Organisationen, deren Bestand in Verbindung mit der Illegalität nicht einmal annähernd festgestellt werden kann. Bemerkenswert ist noch folgende Tatsache: Der Einfluß der RGJ dehnt sich aus auf 52 Länder (davon 26 europäische = 50 vH), während mit Amsterdam nur 26 Länder verbunden sind (20 europäische = 80 vH).“

Welche Bescheidenheit des Verfassers, der den Einfluß der RGJ auf „nur“ 52 Länder ausdehnt. Wir hoffen nur, daß es die RGJ im Hinblick auf ihren Vergleich mit Amsterdam „gemäßigten“ Einfluß fortan unterlassen wird, den Internationalen Gewerkschaftsbund für alle Ereignisse in der ganzen Welt verantwortlich zu machen. Hoffen wir, daß sie endlich selbst zur revolutionären Tat schreitet.

Von der Eisernen Internationale

Wie wir schon in Nr. 23 mitteilten, fand am 23. Mai und die folgenden Tage in London eine Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes statt. Dem von uns schon Berichteten sei es hier ergänzt:

In der Eisenindustrie wurden umfassende Erhebungen durchgeführt und dabei festgestellt, daß die Arbeitsbedingungen der Gold- und Silberarbeiter viel zu wünschen übrig lassen. Es wurde beschlossen, im Jahre 1929 anlässlich einer Sitzung des Vollkongresses eine besondere Konferenz der Gold- und Silberarbeiter einzuberufen. Der Bund hat ferner statistische Erhebungen über die

in Europa errichteten amerikanischen Automobilfabriken vorgenommen. Dabei wurde eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festgestellt. Die Landesorganisationen wurden aufgefordert, in dieser Sache weitere Schritte zu unternehmen. Einige Landesorganisationen, unter anderem Dänemark und Schweden, unterbreiteten der Sitzung umfassende Berichte über die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Eisenindustrie dieser Länder. Es wurde beschlossen, die Landesorganisationen aufzufordern, ähnliche Berichte ausgearbeitet.

Das Zentralkomitee befaßte sich ferner eingehend mit der Frage der Gründung einer Internationale der Maschinenisten und Feiger. Eine besondere Kommission, in der die hauptsächlich beteiligten Organisationen vertreten sind, wurde beauftragt, bis zum Herbst über diese Frage Bericht zu erstatten. Die Frage betreffend Ausbau des Bundesekretariates wurde dem Vollkongress zur Prüfung überlassen. Auf Antrag der Kanadischen Vertreter wurde anlässlich der Erörterung betreffend eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen den norwegischen und russischen Gewerkschaftsorganisationen beschlossen, daß entsprechend der schon früher von der Eisernen und der Amsterdamer Internationale angenommenen Beschlüssen keine Gewerkschaftsorganisation beiden Internationalen angehören darf. Ferner wurde dem Antrag der britischen Abteilung in bezug auf den Achtstundentag einstimmig zugestimmt. Der Antrag lautet:

„Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes, das 2 500 000 Metallarbeiter vertritt, nimmt mit ersten Befürchtungen von der Stellung, die verschiedene Regierungen gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einnehmen, Kenntnis. Es bedauert den gestellten Antrag auf Revision der Bestimmungen des Abkommens und mit Rücksicht auf die imperative Notwendigkeit der Anwendung der Grundzüge, die im Abkommen enthalten sind, wendet es sich an alle organisierten Metallarbeiter aller Länder, sich einem gemeinsamen Protest gegen die Verögerung der Ratifizierung des Abkommens anzuschließen und erachtet sie bringend, sofort in ihren Ländern dahin zu wirken, daß das Abkommen durch ihre zuständigen Regierungen ratifiziert wird.“

Es fand noch eine Sitzung mit den Mitgliedern des Zentralkomitees und einer Anzahl Vorstandsmitglieder der dem Bunde nicht angeschlossenen britischen Metallarbeiterverbände statt. Mehrere Vertreter beteiligten sich an der Aussprache. Die Sitzung erklärte einstimmig die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und daß die noch nicht angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden, sich dem Internationalen Metallarbeiterbund anzuschließen.

Herr Butler in Südafrika

JGB. Als die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes vor nicht allzu langer Zeit das schändliche Vorgehen der südafrikanischen Regierung gegen die dem IGB angeschlossene Organisation der Industrie- und Handelsarbeiter Afrikas (IUA), das ist die Organisation der farbigen Arbeiter, anprangerten, wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß sich der Hilfsdirektor des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, auf einer Studienreise in Südafrika befindet und hoffentlich die Gelegenheit nicht versäumen werde, die misslichen Verhältnisse eingehend zu prüfen. Trotzdem Herr Butler einige 8000 Kilometer auf der Eisenbahn und 2500 Kilometer im Automobil zurückgelegt hat, gewinnt man bei der Lektüre seines in der Neuen Internationale den Traval veröffentlichten Berichtes nicht gerade den Eindruck, daß er mehr in Erfahrung gebracht hat, als bereits alle Welt weiß. Wohl wird auf das an den Südafrikanischen Gewerkschaftsbund (SUG), das ist die Organisation der weißen Arbeiter, gerichtete Ausnahmegericht des IUA, auf die bereits belangengebene Denkschrift des IUA sowie — in einigen Fällen — auf die Antwort der IUA hingewiesen. Doch man erfährt so gut wie nichts über die tatsächlichen Verhältnisse, mit denen die südafrikanische Regierung gegen die in jeder Beziehung auf freigewerkschaftlichem Boden stehende Organisation der farbigen Arbeiter (IUA) vorgeht. Wenn auch zugegeben werden muß, daß es in Südafrika besonders schwierig ist, eine für alle Teile annehmbare Lösung zu finden und ein Delegierter des Arbeitsamtes in einer besonders heißen Lage ist, so muß doch andererseits gesagt werden, daß eine solche Reise so gut wie nutzlos ist, wenn nicht wenigstens genau darüber berichtet wird, wie die Dinge eigentlich liegen und wie die Rollen verteilt sind, ja wenn man für die Regierung unangenehme Tatsachen einfach verschweigt. Es ist denn auch kein Wunder, daß gerade die Cape Times über den Besuch besonders begeistert ist, ein Blatt, das Angst hatte, daß Herr Butler die Dinge „zu leichtsin und zu doktrinär“ betrachten könnte und nun mit Vergnügen feststellt, daß die Unternehmung so „gründlich, freundschaftlich und gerecht“ abgelaufen ist.

Uns scheint es im Gegenteil, daß Herr Butler die Sache zu leicht gemacht hat, besonders in bezug auf die Vertretung der südafrikanischen Arbeiter im Internationalen Arbeitsamt. Es scheint dies für den Hilfsdirektor des Arbeitsamtes eine Frage zu sein, die überhaupt nur den IUA und die Cape Federation etwas angeht. Denn für ihn sind die Schwierigkeiten bei der Ernennung eines Vertreters für die Arbeiterkategorie ausschließlich darin zu suchen, „daß sich diese beiden Organisationen bis zum letzten Augenblick nicht auf einen gemeinsamen Vertreter einigen konnten“. Mit der Hoffnung, daß sich diese Schwierigkeiten nicht wieder ergeben werden“, ist der Fall für Herrn Butler erledigt. Daß diese Frage auch die dem IGB angehörende Organisation angeht, scheint Herrn Butler entgangen oder nicht erwähnenswert zu sein.

Was den IUA betrifft, so möge bei dieser Gelegenheit und im Hinblick auf seine Stellungnahme gegenüber dem Anschlußgeuch des IUA beiläufig an die Entschließung seines Kongresses vom Jahre 1926 erinnert werden, in der der Anschluß an den IGB von der Gründung einer einzigen Internationalen abhängig gemacht und so sehr auf den Nutzen und die Notwendigkeit der Einheit hingewiesen wird. Wie die Stellungnahme des IUA in seinem eigenen Lande zeigt, scheint es wirklich leichter zu sein, schöne Worte über die Einheit in anderen Weltteilen zu sagen als sie im eigenen Lande herzustellen, selbst wenn sich die andere Seite aus eigenen Stücken zum Beitritt und damit zur Herstellung der Einheit anmeldet.

Günstiger Abschluß in der mittelhöhm. Metallindustrie

Nach äußerst langwierigen Verhandlungen gelang es, in dem Vertragsgebiet der mittelhöhmischen Metallindustrie, dem rund 45 000 Metallarbeiter angehören, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Danach wird im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 8 vH gewährt, die in einer Lohnaufbesserung von 5 vH sowie in der Anzahlung einer einmaligen Feuerungszulage für 72 Stunden durchschnittlicher Verdienste besteht. 48 Stunden werden sofort, 24 im Oktober bezahlt, wobei im April 1929 über die Gestaltung dieser Zulage für das nächste Jahr verhandelt wird. Da das System der starren Zulagen gewählt wurde, und zwar 25 Heller für Lohnarbeiter, 20 Heller für Frauen und 15 Heller für Arbeiter, ergibt sich bei den niedriger bezahlten Gruppen, besonders bei den Frauen und den Hilfsarbeitern eine tatsächliche Lohnerhöhung von 10 bis 13 vH. Auch in der Frage der Beitragslöhne, die als Mindestlöhne gelten, gelang es, Erhöhungen zu erzielen, doch sind diese Löhne immer noch als zu niedrig zu bezeichnen.

Wichtig sind die sozialpolitischen Errungenschaften. Jedem im Betriebe beschäftigten Arbeiter wird ein jechstägiger Urlaub gewährt, für den der Lohn für acht Tage, also 84 Stunden gezahlt wird, den Arbeitgebern im Durchschnittsberdienst. Das Gesetz sieht erst nach einjähriger Beschäftigung die Gewährung eines bezahlten zehntägigen Urlaubs vor, so daß hier gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen eine erhebliche Verbesserung erzielt wurde. Der Urlaub bezieht sich auch auf die Beihilfen. Den Betriebsauschüssen (wie die Betriebsräte in der Industrie heißen) wird im Verhältnis zur Arbeiterzahl eine bestimmte Zeit für ihre Tätigkeit vergütet, die schließlich bis zur vollständigen Arbeitsbefreiung weiter Mitglieder geht. Damit ist ein alter Streitpunkt zwischen der Arbeiter erledigt. Wird ein mindestens 1½ Jahre im Betriebe beschäftigter Arbeiter entlassen, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, so steht dem Betriebsauschuß das Einspruchsrecht gegen die Entlassung zu, worüber dann

ein Einigungsamt aus Vertretern der beiden Organisationen entscheidet. Dieses hat nach den Bestimmungen des Betriebsauschusses Gesetzes zu entscheiden. § 8 des Betriebsauschussesgesetzes sagt: „Die Entlassung eines wenigstens drei Jahre ununterbrochen beschäftigten Arbeiters wird von der Betriebsleitung sofort dem Betriebsauschuß mitgeteilt, der, wenn er die Entlassung offenbar unbegründet findet, die Angelegenheit binnen drei Tagen mit seinem Gutachten der Schlichtungskommission vorlegen kann. Solange sie nicht entschieden hat, ist der betreffende Arbeiter als beurlaubt zu betrachten. Findet die Schlichtungskommission, daß... die Entlassung des Arbeiters namentlich im Hinblick auf sein Alter, die Dauer seiner Beschäftigung im Betriebe sowie seiner Familien- und Vermögensverhältnisse... nicht begründete ungerechte Härte darstellt, so erteilt sie, daß der Unternehmer verpflichtet ist, den Arbeiter unter den früheren Bedingungen nebst gleichzeitigem Erfolg des inzwischen entgangenen Verdienstes wieder in die Arbeit aufzunehmen oder ihm eine andere Beschäftigung... mit annähernd gleichem Verdienst zu verschaffen oder eine Abfindung in der Höhe eines ein- bis vierwöchentlichen Lohnes, die von der Schlichtungskommission bestimmt wird, zu geben.“

Dieser weitreichende Schutz der Arbeiter vor unbegründeter Entlassung ist also durch den Vertrag schon nach 1½-jähriger Beschäftigung erreicht worden. Dem Vertragsabluß kommt insofern eine erhebliche Bedeutung bei, als seine Ratifizierung nunmehr auch für die großen Vertragsgebiete in Dänmark, Brunn, Witikow und Preßburg maßgebend sein werden, so daß sich der Erfolg auf mehr als 150 000 Metallarbeiter bezieht. Schätzungsweise sind damit den Metallarbeitern in der Tschechoslowakei an erhöhten Löhnen etwa 80 Millionen Kronen gesichert worden.

Kongreß des dänischen Gewerkschaftsbundes

Die gewerkschaftliche Landeszentrale Dänemarks hielt am 8., 9. und 10. Mai in Kopenhagen ihren Kongreß ab, der von annähernd 600 Vertretern besucht war, darunter auch C. Westens vom IGB. Aus dem vom Vorsitzenden Madsen erstatteten Bericht geht hervor, daß die Landeszentrale nun 52 Verbände mit insgesamt 156 955 Mitgliedern oder ungefähr die Hälfte der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dänemarks umfaßt. Nach Annahme des Geschäftsberichtes behandelte der Kongreß die Frage der Grenzbeziehungen zwischen den Verbänden, eine Sache, die angesichts der großen Zahl der in Dänemark bestehenden Organisationen eine bedeutendere Rolle spielt als in den meisten anderen Ländern. Einen dreitägigen Raum nahm die Frage des Zusammenschlusses aller dänischen Gewerkschaften im Gewerkschaftsbund ein. Im Jahre 1926 hatte er eine Kommission zur Förderung der Einheitsbestrebungen eingesetzt, die nun dem Kongreß Bericht erstattete. Die Kommission hat sich an alle nichtangeschlossenen Verbände gewandt und teilweise auch mit ihnen wegen des Anschlusses an die Landeszentrale verhandelt. Da jedoch ein Beschluß erst vom Verbandstag und durch Abstimmung angenommen werden kann, konnte die Arbeit der Kommission noch keine Ergebnisse zeitigen. Dessen ungeachtet ist anzunehmen, daß sich die Einheitsbestrebungen in den nächstfolgenden Jahren in günstigem Sinne auswirken werden. Ein vom Sattler- und Ledererverband gestellter Antrag, den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) aufzulösen, eine Konkurrenz zwischen dem IGB und der RGJ und den außerhalb dieser Internationalen stehenden Landeszentralen einzuberufen, wurde gegen nur 16 Stimmen verworfen.

An Stelle des Oloffein Madsen, der jahrelang an der Spitze der Landeszentrale gestanden hat, wurde der bisherige zweite Vorsitzende B. Nygaard zum Vorsitzenden gewählt. Unter stürmischen Beifall der Kongreßteilnehmer dankte der neue Vorsitzende Madsen für seine große Arbeit in der dänischen Gewerkschaftsbewegung sowie für die Liebe, mit der er stets der Arbeiterklasse gedient hat.

Ungarn und der Achtstundentag

Nachrichten aus Ungarn zufolge brachte kürzlich der Sekretär des ungarischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Karl Weber, im ungarischen Parlament die Frage des Achtstundentages zur Sprache, was zur Folge hatte, daß der Minister für Volkswirtschaft eine Erklärung abgab, wonach er den Gesetzentwurf betreffend den achtstündigen Arbeitstag vorbereiten werde.

Was die Bewegung der ungarischen Gewerkschaften für die Annahme des Washingtoner Abkommens betrifft, so erfahren die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß die Regierung alle Zusammenkünfte und Versammlungen auf 1. Mai sowie drei Tage vor und nach diesem Tage verbietet. Die Gewerkschaften, die trotzdem den 1. Mai mit Arbeitsruhe feierten, veranstalteten deshalb an diesem Tage Ausflüge und verlegten die Agitation in die Woche vor dem 1. Mai. In der Hauptstadt und der Provinz wurden an die Behörden Gesuche für die Abhaltung von insgesamt 49 Versammlungen eingereicht. In 10 Fällen wurde die Bewilligung nicht erteilt. Die übrigen Versammlungen nahmen einen guten Verlauf und führten zur Annahme von Entschuldigungen, worin vorwiegend nachstehende zwei Forderungen aufgestellt wurden: 1. Die Regierung unterbreitet dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages oder der achtstündigen Arbeitswoche. 2. Bis zur gesetzlichen Sicherung des achtstündigen Arbeitstages soll die Regierung in den staatlichen und öffentlichen Betrieben jede Arbeit über den achtstündigen Arbeitstag hinaus verbieten.

Für die Auswanderer nach Amerika

Von der Ortsgruppe 717 des Amerikanischen Maschinenbauerverbandes in New-Jersey wird uns geschrieben:

Wenn sich die deutschen Kollegen vor schwerer Enttäuschung bewahren wollen, so sollten sie, ehe sie auswandern, sich bei der unterzeichneten Ortsgruppe über die Arbeitsverhältnisse in Amerika erkundigen. Seit Monaten herrscht hier in der Metallindustrie eine Krise, die sich in einem Überangebot von Arbeitskräften ausdrückt. Eine Besserung ist vorerhand nicht abzusehen. Dann muß darauf hingewiesen werden, daß die meisten deutschen Kollegen beim Verlassen ihres Heimatlandes glauben, ihr Vertragsbuch habe nun seine Schuldigkeit getan. Denn sie kümmern sich dann nicht mehr um die Organisation. Auch im Vorderlande sind die Kollegen zusammengeklommen zur Verbesserung ihrer Lage. Nicht nur in Deutschland, auch in Amerika ist der Zusammenschluß der Arbeiter eine Notwendigkeit. Deshalb sollte jeder deutsche Metallarbeiter bei seiner Abreise sein Mitgliedsbuch unter allen Umständen in Ordnung bringen und sich bei seiner Ankunft in Amerika gleich an seinen Verband wenden oder sich mit diesem vorher schon kritisch verständigen. In New-Jersey nimmt die deutschsprachige Ortsgruppe des Maschinenbauerverbandes, die Progressive Lodge 717 of the International Association of Machinists, jeden organisierten Kollegen unentgeltlich auf, wenn er sein altes Mitgliedsbuch vorlegt.

Progressive Lodge of the I. A. M., Labor Temple, 247 East 84 Street, New York

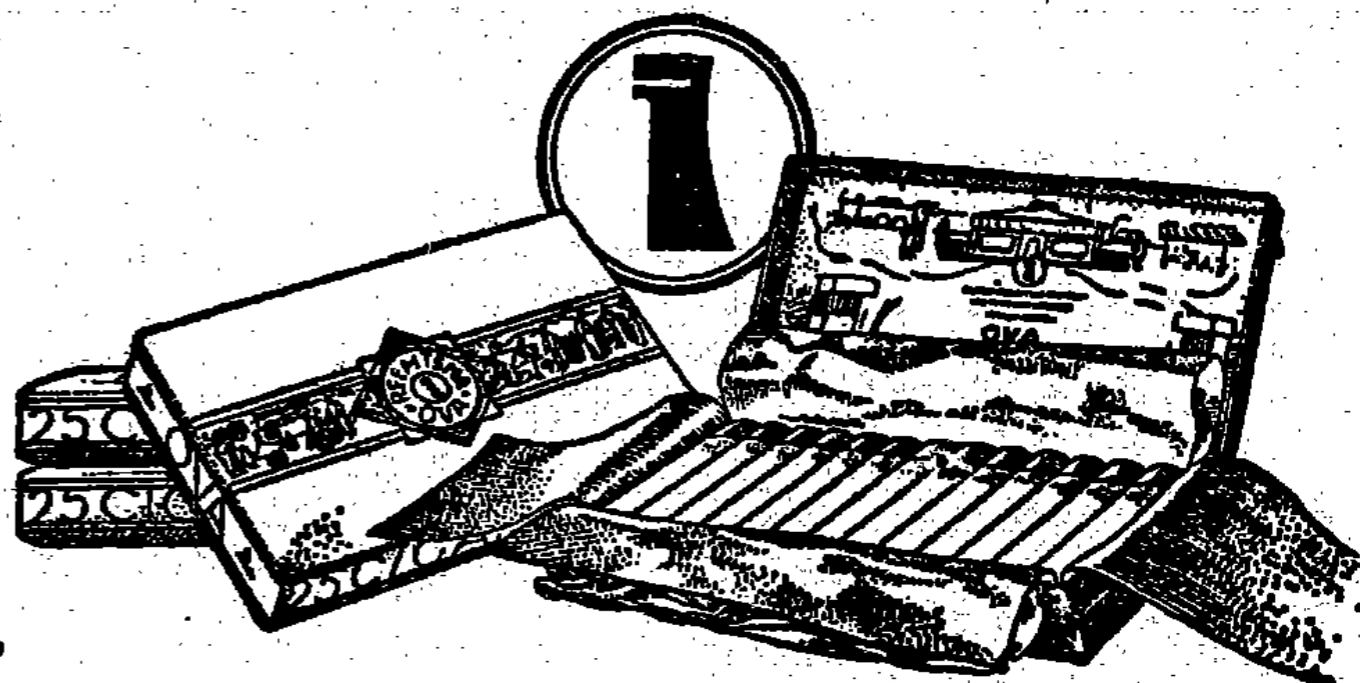
Der Internationale Bergarbeiterkongreß, der in der Woche nach Pfingsten in Rimes, Frankreich, tagte, und an dem 107 Abgeordnete von 1 200 000 Bergleuten teilnahmen, hat eine Entschädigung angenommen, das Internationale Arbeitsamt und den Völkerverbund aufzufordern, eine Weltkonferenz einzuberufen, zu der die Arbeitervertreter auf dem Boden der Gleichberechtigung zugelassen werden sollen, um das genannte Problem zu studieren. In einer weiteren Entschädigung spricht sich der Internationale Bergarbeiterkongreß für die Notwendigkeit der Annahme des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag durch die Länder aus, die dies noch nicht getan haben. Er erhebt gegen die von der englischen Regierung in dieser Frage eingenommene Haltung Protest. Eine von tschechoslowakischer Seite eingebrachte Entschädigung, die einstimmig angenommen wurde, spricht sich für die Bestatlichung der Bergarbeiter in der Industrie sowie für die Kontrolle der Betriebe und für die Verteilung der Bergwerkserzeugnisse durch die Bergarbeiter, den Staat und die Verbraucher aus.

Jeder Cigarettenfabrikant behauptet von sich, daß er die besten Cigaretten herstellt. Solche Behauptungen sind weder beweisbar noch widerlegbar, da nicht alle Raucher Kenner sind.

Wir aber behaupten, daß wir den höchsten Prozentsatz hochwertiger macedonischer Spitzen-Tabake verarbeiten, und daß unsere Methoden der Mischung und Tabakpflege uns allein vorbehalten sind.

Diese Tatsache können wir jedem Fachmann beweisen, und diese Tatsache ist der Grund der einzigartig hohen Qualität der

REEMTSMA CIGARETTEN
OVA
 im Araberformat
5 Pf.



REEMTSMA A.-G. FABRIKEN FÜR HOCHWERTIGE ORIENTCIGARETTEN

Das Juniheft der Energie ist erschienen

Diese technische Zeitschrift erscheint monatlich und ist zu beziehen durch alle Verwaltungen des DND zum Preis von 25 Pf. pro Exemplar

Zigaretten
 in dieser Größe
 Zeronth 5 Pf.
 Thodor 4 Pf.
 Arbeitersportler 4 Pf.
 IM KONSUMVEREIN

Übler Mundgeruch

nicht abstoßen. 5000 gelinnte Zigaretten des höchsten Qualität. Beide Cigarettenarten werden oft schon durch das bloße Rauchen mit der herkömmlichen Zigaretten Chloroform-Zusatz befreit. Die Zigaretten enthalten kein schädliches Gift, sondern einen wunderbaren Schutzfilm, auch an den Schleimhäuten, bei gleichzeitiger Reinigung der Luft durch einen feinsten Chloroform-Zusatz. Die Zigaretten sind als Ersatz für den Tabak zu empfehlen, weil sie nicht nur den Mundgeruch, sondern auch die Zahngesundheit fördern. Erhalten Sie es möglich mit einer Tüte zu 50 Pf., große Tüte 1 RM. Chloroform-Zusatz für Damen 1.25 RM. (siehe Original) für Herren 1.50 RM. (siehe Original). Nur ein in Deutschland Originalprodukt mit der Aufschrift „Chloroform-Zusatz“ zu haben.

Erfinder

Das Wort: „Ich muß noch erfinden“ wird gratis verwendet. Vollmar, Berlin-Groß Britische 34.

Raucht **GARBÁTY**
 Baccarat
 5 Pf.

Phot
 André
 Fehrleicht
 Zahlungsweise
 Preisliste kosten
 Dresden
 Kamen-Vertrieb
 Dresden, A. 22
 Friedrichstr. 10

Holz
Regenschirm
 (Pelouron) nur
 Gramsch schwer, ge
 wasserdicht, ist beq
 wie ein Notbuch in
 Tasche mitführbar. Un
 beirrlich für Herren
 Damen. In Regen u. Sch
 witz, bei Ausflügen
 Sport. Preis mit Kap
 Stul u. Garantleuch
 Mk. 3.50, 5 Stück
 Mk. 7.50, franko
 Otko-Vertrieb Köln
 Schloßstr. 103.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schließen Sie sich nicht durch unwirksame Mittel! Heben 5000 Ärzte und Professoreneurteile die hervorragende Wirkung der Togonal-Tabletten für Sie. In allen Apotheken. Preis RM. 1.50
 4-8 Cohn, 11-5 Leibniz, 7-3 Acad. am. ad. 120 Angl.

5000 Sprechmaschinen

Beliebt sind wieder in großer Menge und fast überall in der Rep. unter besten Bedingungen zu haben. Die Sprechmaschinen sind in 3er Serien zu haben. — Selbst unter schwierigen Umständen können wir Ihnen die Sprechmaschinen liefern. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Schulz & Gundlach, Berlin C 25**
 Friedrichstraße 18

Arcona-Räder

Die Qualitätsmerkmale: Hunderter Preise, die das wertvollste Gebrauchs- und Sportrad sind. Von 5 bis 120 Pf. in mod. Rahmen, von 5 bis 120 Pf. in mod. Rahmen, von 5 bis 120 Pf. in mod. Rahmen. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Arcona-Räder, Berlin**

1000fach bew. hat sich meine echte Extrakt. **Menthol-Extrakt** in der Natur. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Menthol-Extrakt, Berlin**

Billige böhmische Bettfedern

— Nur reines gefülltes Gänse- oder Entenfedern. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Billige böhmische Bettfedern, Berlin**

Bilder

— Bilder in jeder Größe. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Bilder, Berlin**

Karosse-Klempner

— Karosse-Klempner. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Karosse-Klempner, Berlin**

Spezialisten für Eisenarbeiten

— Spezialisten für Eisenarbeiten. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Spezialisten für Eisenarbeiten, Berlin**

Automobil-Motoren

— Automobil-Motoren. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Automobil-Motoren, Berlin**

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Autofahrtschule

— Autofahrtschule. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Autofahrtschule, Berlin**

Betten aus dichten Bettfedern

— Betten aus dichten Bettfedern. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Betten aus dichten Bettfedern, Berlin**

Billigste Oberbrücker Gänsefedern

— Billigste Oberbrücker Gänsefedern. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Billigste Oberbrücker Gänsefedern, Berlin**

Wochenrate

— Wochenrate. — Preisliste gratis. — Lieferung gratis. — Bestellen Sie bei: **Wochenrate, Berlin**

Haushalt auf Kredit
Freyophon
 Der neue Sprachapparat in Vorkriegsqualität
 Direkt ab Fabrik
 Verlangen Sie sofort Liste
 Sprechapparatebesitzer-Freyophon
 Berlin N 4, Chausseestr. 45, 1. E.

